

Vanberg, Viktor

Working Paper

Walter Euckens Weg zum Ordoliberalismus

Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 20/3

Provided in Cooperation with:

Institute for Economic Research, University of Freiburg

Suggested Citation: Vanberg, Viktor (2020) : Walter Euckens Weg zum Ordoliberalismus, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 20/3, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung, Abteilung für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik, Freiburg i. Br.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/222275>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Walter Euckens Weg zum Ordoliberalismus

Viktor J. Vanberg

20/3

Freiburger **Diskussionspapiere**
zur Ordnungsökonomik

Freiburg **Discussionpapers**
on Constitutional Economics

Institut für allgemeine Wirtschaftsforschung
**Abteilung Wirtschaftspolitik und
Ordnungsökonomik**

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg



Walter Euckens Weg zum Ordoliberalismus¹

Viktor J. Vanberg

Die in diesem Band versammelten Beiträge überbrücken eine Zeitspanne von drei Jahrzehnten im wissenschaftlichen Wirken Walter Euckens, von seiner 1921 gehaltenen Antrittsvorlesung „Zur Würdigung Saint Simons“ bis zum letzten von ihm verfassten Beitrag „Unser Zeitalter der Misserfolge“, den er für seine Gastvorlesungen im März 1950 an der London School of Economics vorbereitet hatte.² Die fünfzehn hier wieder abgedruckten Beiträge sind über die dazwischen liegenden Jahre nicht nur recht ungleichmäßig verteilt, sie unterscheiden sich auch deutlich in ihrem Charakter. Elf von ihnen erschienen zwischen 1925 und 1932 in der Zeitschrift des – sich an der Philosophie von Rudolf Eucken,³ Walter Euckens Vater, ausrichtenden – Euckenbundes, die zunächst unter dem Namen *Der Euckenbund*, ab 1925 als *Die Tatwelt* erschien. Dem Charakter der Zeitschrift entsprechend, richteten sich diese Beiträge an ein allgemein gebildetes Publikum.⁴ Die übrigen vier richteten sich an ein Fachpublikum, wie die beiden bereits genannten Beiträge, der 1932 erschienene Aufsatz „Staatliche Strukturwandlungen und die Krise des Kapitalismus“, der gemeinhin als

¹ Dieser Beitrag ist als Einleitung zu dem in der Gesamtausgabe der Werke Walter Euckens erscheinenden Band *Freiheit, Staat und Sozialismus* vorgesehen. – Zitate, die den in diesem Band versammelten Aufsätzen Euckens entnommen sind, erscheinen hier ohne Quellenangabe, da die zur Bestimmung der entsprechenden Seitenangaben erforderliche Druckvorlage noch nicht erstellt ist. Sie werden in die endgültige Fassung der Einleitung aufgenommen werden.

² Die Einladung zu den Gastvorlesungen war 1949 von F.A. Hayek ausgegangen, der allerdings, als Eucken nach London kam, bereits einem Ruf an die University of Chicago gefolgt war. In ihrem Vorwort zu den veröffentlichten Vorträgen (Walter Eucken, *Unser Zeitalter der Misserfolge – Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik*, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1951) schreibt Euckens Witwe, Edith Eucken: „Im März 1950 folgte Walter Eucken einer Einladung der Universität London. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik waren vorgesehen. Drei von ihnen hat er halten können. Eine Grippeerkrankung zwang ihn, den vierten vorlesen zu lassen. Unmittelbar vor dem fünften, als er bereits genesen schien, ereilte ihn der Tod.“

³ Rudolf Eucken (1846-1926) wurde 1908 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet. - In einem Leitartikel für die 1920 erschienene erste Ausgabe der Zeitschrift fasste Rudolf Eucken die Kernbotschaft seiner Philosophie in den Worten zusammen: „Das geistige Leben gilt uns nicht als eine Verwendung naturgegebener Kräfte, sondern als ein Durchbrechen einer höheren Stufe der Wirklichkeit. ... Wir fordern daher einen kraftvollen Aktivismus, ja eine heroische Lebenshaltung. ... Nur der Gewinn einer neuen *Lebensordnung* ... kann uns aus den Verwicklungen der Gegenwart befreien“ (zitiert nach Nils Goldschmidt, *Entstehung und Vermächtnis ordoliberalen Denkens – Walter Eucken und die Notwendigkeit einer kulturellen Ökonomik*, Münster: LIT Verlag 2002, S. 97).

⁴ Uwe Dathe charakterisiert den Bund als „eine der vielen weltanschaulich ausgerichteten Vereinigungen, mit denen das deutsche Bildungsbürgertum auf die nach dem Ersten Weltkrieg sich verstärkende kulturelle und politische Orientierungslosigkeit reagierte. Von anderen Gruppierungen aus dem breiten Spektrum weltanschaulicher Vereine unterschied sich der Euckenbund durch seinen geistigen Bezug auf den deutschen Idealismus“ (Uwe Dathe, Uwe 2010: Walter Eucken und der Staat: Zum Zusammenhang von wirtschaftlichem und politischem Liberalismus 1918-1934, in: B. Seliger, J. Sepp, R. Wrobel (Hg.), *Chancen und Risiken für die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme*, Frankfurt a.M. u.a.O.: Peter Lang 2010, S. 17-41, hier S. 19f.).

Gründungsdokument der Freiburger Schule gilt, und der 1948 in der Zeitschrift *Economica* veröffentlichte Aufsatz „On the Theory of the Centrally Planned Economy“, der sich mit den planwirtschaftlichen Erfahrungen im Nationalsozialismus befasst.⁵

Das Thema, das die in diesen Band aufgenommenen Beiträge verbindet, ist die Wahrnehmung der Gegenwart als Krisenzeit und die Frage danach, worin die Ursachen der Krise zu sehen sind und auf welchem Wege ihre Lösung gefunden werden kann. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Auseinandersetzung mit dem Anspruch des Sozialismus, einen solchen Weg aufzeigen zu können. Von Bedeutung für die Einordnung der Beiträge in Euckens Gesamtwerk ist der Umstand, dass sich in seiner Antwort auf die Frage der Krisenursache und Krisentherapie und in seiner Sozialismus-Kritik im Verlauf der 1920er Jahre eine charakteristische Akzentverschiebung zeigt. In dieser Einleitung wird es darum gehen, die Veränderung in Euckens Krisenanalyse aufzuzeigen und die Bedeutung deutlich zu machen, die ihr für die Herausbildung des von ihm maßgeblich initiierten ordoliberalen Forschungsprogramms zukommt.

1. Eucken als „Weltanschauungsphilosoph“: Die Krise der Gegenwart als geistige Krise

Durch die philosophische Gedankenwelt seines Vaters und seine Erfahrungen als Frontoffizier geprägt kehrt Walter Eucken nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in die akademische Welt zurück, um sich bei seinem Doktorvater Hermann Schumacher (1868-1952) an der Universität Berlin zu habilitieren. Neben der Arbeit an seiner Habilitation, seinen Verpflichtungen als Assistent Schumachers und als Redaktionssekretär des von diesem herausgegebenen *Schollers Jahrbuch*, engagiert er sich in dieser Zeit auch politisch im national-konservativen Parteienspektrum⁶ und in dem 1919 unter seiner aktiven Beteiligung gegründeten Euckenbund,

Ebenso wie seine Dissertation „Die Verbandsbildung in der Seeschifffahrt“, mit der er im März 1913 bei dem damals noch in Bonn lehrenden Schumacher promovierte, ist auch Euckens Habilitationsschrift „Die Stickstoffversorgung der Welt – Eine volkswirtschaftliche

⁵ Der Verbleib der deutschsprachigen Vorlage für die Veröffentlichung konnte bis zur Herausgabe dieses Bandes nicht geklärt werden.

⁶ S. dazu Uwe Dathe, Walter Eucken – von der liberalen Krisendeutung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Hans Maier (Hg.), *Die Freiburger Kreise – Akademischer Widerstand und Soziale Marktwirtschaft*, Paderborn: Ferdinand Schöningh 2014, S. 84-112, hier S. 91.

Untersuchung“ im – auf die detaillierte Beschreibung des Untersuchungsgegenstandes fokussierten – Stil der historischen Schule der Nationalökonomie verfasst, einer Tradition, von der er sich jedoch nunmehr verabschiedet. In einem Brief an seinen Vater vom 19. Juni 1921 schreibt er mit Bezug auf die Habilitationsschrift: „Dies Buch wird ja nun das letzte sein, das methodisch der historischen Schule nahe steht. Meine nächsten Arbeiten werden mehr philosophisch-theoretisch sein.“⁷ Nachdem ihm im März 1921 die *venia legendi* erteilt worden ist, nimmt Eucken seine Lehrverpflichtungen als Privatdozent an der Universität Berlin wahr, übernimmt Lehraufträge an der Frankfurter Akademie der Arbeit und ist von Dezember 1920 bis März 1924 stellvertretender Geschäftsführer der Fachgruppe Textil beim Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI), eine Tätigkeit, die ihm, wie er später im Rückblick feststellen wird, unmittelbare Erfahrung mit dem Problem wirtschaftlicher Macht vermittelt.⁸ Zum WS 1925/26 wird er dann dem Ruf auf einen nationalökonomischen Lehrstuhl an der Universität Tübingen folgen und zwei Jahre später an die Universität Freiburg wechseln.

Während seine national-konservativen Neigungen sich recht bald deutlich abkühlen,⁹ behält Eucken sein Engagement im Euckenbund über die 1920er Jahre bei, ein Engagement, bei dem er sich, wie U. Dathe es formuliert, als „Weltanschauungsphilosoph“ betätigt.¹⁰ Beschäftigt er sich als nüchterner Fachökonom mit Fragen der Währungspolitik und Geldtheorie,¹¹ so thematisiert er als „Weltanschauungsphilosoph mit dem Schwerpunkt der Kritik des Sozialismus als Orientierungsangebot“¹² das in der Nachkriegszeit verbreitete Empfinden, in einer Krisenepoche zu leben. In einer kurzen Notiz, die Eucken 1920 unter dem Titel „Lage und Aufgabe der Volkswirtschaftslehre“ in *Der Euckenbund* veröffentlicht, schreibt er: „Die

⁷ Eucken Briefe Bd. 1.

⁸ S. dazu Dathe, Walter Euckens Weg zum Liberalismus, in: *Ordo – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 60, 2009, S. 53-86, hier S. 63f. – In einem Brief an Hermann Schumacher vom 29. April 1921 bemerkt Eucken über seine „berufliche Tätigkeit bei der Fachgruppe“: „durch die praktische Tätigkeit lerne ich viel, was ich durch eine rein wissenschaftliche Tätigkeit nie lernen könnte“ (Briefe Bd. 1).

⁹ S. dazu Dathe (Walter Euckens Weg zum Liberalismus, op.cit., 57ff.): „Weltanschauungsphilosoph mit dem Schwerpunkt der Kritik des Sozialismus als Orientierungsangebot war Eucken in der Mitte der 1920er-Jahre nur im Nebenamt.“

¹⁰ Dathe, Ein Weg zum dritten Weg – Walter Euckens Auseinandersetzung mit Marx und dem Marxismus (1921-1932), in: M. Steinbach und M. Ploenus (Hg.), *Prüfstein Marx – Zu Edition und Rezeption eines Klassikers*, Berlin: Metropol, 2013, S. 211-219, hier S. 218: „Bis weit in die 1920er-Jahre hinein beackerte Walter Eucken als theoretischer Nationalökonom sein Feld – die Währungspolitik und Geldtheorie – ohne einen Blick auf Marx oder die Marxisten zu werfen. Eucken war in den 1920er Jahren aber nicht nur Geldtheoretiker oder Inflationsforscher, sondern auch Weltanschauungsphilosoph. In ... *Der Euckenbund* (ab 1925 *Die Tatwelt*) ... veröffentlichte er ... Artikel zu zeitgenössischen Weltanschauungsfragen.“

¹¹ S. dazu Dathe, Walter Eucken – von der liberalen Krisendeutung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, op.cit., S. 94).

¹² Dathe, Ein Weg zum dritten Weg, op.cit., S. 222.

allgemeine Krise der Gegenwart kommt deutlich in der Lage zum Ausdruck, in der sich die Volkswirtschaftslehre heute befindet.“¹³ Ein Ausweg aus dieser Krise, so stellt er fest, könne weder von der historischen Schule erwartet werden, die „sich immer mehr in Einzelforschungen zersplittert und die Behandlung der grundsätzlichen Fragen zurückgeschoben“ habe, noch könne eine Rückkehr „zu der atomisierenden Lehre der aufklärerischen, klassischen Nationalökonomie“ befriedigen.¹⁴ Es müssten vielmehr „*neue Wege für die Volkswirtschaftslehre*“ gefunden werden, die, so erklärt er in der Diktion seines Vaters, „nur im engen Anschluss an die Philosophie“ und verbunden mit dem „Aufbau eines neuen Gesamtlebens“ zu finden seien.¹⁵

Wie sehr Eucken zu dieser Zeit neben seiner fachlichen Arbeit das Krisenthema und die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus beschäftigt, zeigen die drei Titel, die er, nach Abschluss der Habilitation, der Fakultät für seine Antrittsvorlesung vorschlägt: „1. St. Simon und Marx, 2. Die Krisentheorien in der deutschen Volkswirtschaftslehre, 3. Die Stellung Bazards im französischen Sozialismus“.¹⁶ Und wie sehr er in seiner Krisendeutung von seinem Vater beeinflusst ist, zeigt sich in der Vorlesung zum gewählten Thema „St. Simon und Marx“. In der Vorlesung, die er in überarbeiteter Fassung unter dem Titel „Zur Würdigung St. Simons“ in *Schmollers Jahrbuch* veröffentlicht,¹⁷ hebt Eucken die Bedeutung Saint-Simons als Krisentheoretiker hervor,¹⁸ der gefühlt habe, „dass seine Zeit sich in einer schweren Krise befinde“, und danach trachtete, „die Wege zu finden, die aus der gegenwärtigen Krise herausführen.“¹⁹ Im gleichen Sinne stellt er einige Jahre später in dem Beitrag „Sozialismus und Aufklärung“ fest: „St. Simon erkannte die weltgeschichtliche Krise, in die die Menschheit ... geraten war und ist. Seine Lebensarbeit sah er darin, sie daraus zu befreien.“

¹³ Walter Eucken, Eucken, Lage u. Aufgabe der Volkswirtschaftslehre, Der Euckenbund, 1920, Nr. 3/4, S. 14. – Alle Eucken-Zitate in dieser Einleitung sind an die neue Rechtschreibung angepasst.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Schreiben an die Philosophische Fakultät der Universität Berlin vom 5. März 192, Eucken Briefe, Bd. 1.

¹⁷ Man kann vermuten, dass Eucken bei der Titelwahl einen Beitrag seines Vaters vor Augen hatte, der 1887 unter dem Titel „Zur Würdigung Comte’s und des Sozialismus“ erschienen war (Rudolf Eucken, Zur Würdigung Comte’s und des Positivismus, *Philosophische Aufsätze: Eduard Zeller gewidmet*, Leipzig: Fues 1887, S. 53-82).

¹⁸ U. Dathe (Ein Weg zum dritten Weg, op.cit., S. 217) bemerkt über die Antrittsvorlesung: „Eucken und die im Hörsaal Anwesenden lebten selbst in einer krisenhaften Zeit, und wirtschaftliche, politische oder weltanschauliche Krisenlösungsprogramme wurden allerorts unentwegt diskutiert.“

¹⁹ Zitate, die aus im vorliegenden Band wiedergegebenen Beiträgen stammen, werden lediglich, wie in diesem Fall, nur mit der betreffenden Seitenzahl ohne sonstige Quellenangaben identifiziert.

Gegen Interpreten, die in Saint Simon einen Vorläufer von Karl Marx sehen wollen, wendet er ein, dass Saint Simon – im Kontrast zum Marxschen historischen Materialismus – mit voller Schärfe gesehen habe, „wie kritisch die Situation der Neuzeit ist, nicht nur auf dem Gebiete der sozialen Organisation, sondern im engen Zusammenhang damit auch der Kultur, der Moral und Religion“. Folgerichtig habe er denn auch „einen Wiederaufbau nur in einer gemeinsamen Lösung der geistigen – besonders der religiösen – Krise und der sozialen Probleme erwartet“. Damit habe Saint Simon, so schließt Eucken seine Vorlesung, „eine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, deren Wahrheit in unserer Zeit immer mehr erleuchtet“.

Mit seiner Interpretation Saint Simons gibt Eucken zugleich die Zeitdeutung seines Vaters wieder, die er sich zu eigen macht, wenn er in seinen in der *Tatwelt* veröffentlichten Aufsätzen²⁰ davon spricht, auch die Ursachen der Gegenwartskrise lägen „in erster Linie auf geistigem Gebiet“. Wenn diese Krise auch erst durch die Weltkriegserfahrung verstärkt wahrgenommen worden sei, so sei sie doch nicht ein bloße Gegenwärterscheinung.²¹ Sie sei auch nicht „lediglich aus wirtschaftlichen oder aus politischen Ursachen zu erklären“, sondern habe weit tiefer liegende Gründe, die nur demjenigen sichtbar würden, „der die Gesamtgestaltung des Lebens und seine Umformung während der letzten einhundertfünfzig Jahre versteht“. In dieser Zeit habe sich, so führt Eucken aus, eine „tiefgreifende Schwerpunktverschiebung des menschlichen Lebens“ vollzogen: „Nicht mehr geistige Bildung der Persönlichkeit, sondern Kraftentfaltung in der wirtschaftlichen und politischen Welt wurde zur Hauptaufgabe der Menschen“. Kennzeichnend dafür sei die Verbindung „einer im Tempo sich beschleunigenden wirtschaftlichen Entwicklung“ einerseits mit „der Zerschlagung einer Einheitskultur“ andererseits. Die Religion diene „nicht mehr dem Ganzen des Lebens als Fundament“, der „frühere Gesamtzusammenhang des Lebens“ sei zerstört, der Mensch sehe sich „einer großen Zahl von autonomen Gebieten des Lebens gegenüber, ohne die verbindende Einheit zu finden“.²² Mit Bezug auf die Philosophie seines Vaters erklärt Walter Eucken, ein Ausweg aus dieser Lage sei „nur möglich, wenn ein völlig anderes und

²⁰ Den Großteil dieser Aufsätze erscheinen unter dem Pseudonym „Kurt Heinrich“, dem Mittelteil seines vollständigen Namens Walter Kurt Heinrich Eucken.

²¹ Seinen Beitrag „Die geistige Krise und der Kapitalismus“ (in diesem Band) leitet Eucken mit den Worten ein: „Die schwere Krise, in der sich die Menschheit befindet, wird immer drückender. Sie ist für manche erst durch den Weltkrieg fühlbar geworden. Aber sie bestand schon vorher und sie wird auch bestehen bleiben, wenn wir und vom Weltkrieg mehr und mehr entfernen“.

²² In „Zur Kritik des Sozialismus“ (in diesem Band) schreibt Eucken 1925: „Darüber besteht kein Zweifel, dass wir uns in einer ungemein schwierigen geistigen Krise befinden. Die geschichtlich überkommenen Religionen ... vermögen nicht dem Leben der Menschen im Allgemeinen einen Sinn und Wert, einen wirklichen Inhalt zu geben. Die Zersplitterung in den Grundüberzeugungen nimmt in erschreckendem Maße zu, eine einheitliche Richtung der gesamten Arbeit der Menschen fehlt“.

neues ‚Grundverhältnis zur Wirklichkeit‘ gewonnen, eine wahrhafte Innenwelt entwickelt“ werde. Im Vordergrund stehe für Rudolf Eucken, so betont er, „nicht die gesellschaftliche Wandlung, sondern die Gewinnung einer neuen Innenwelt“.²³

Von dieser Diagnose des Charakters der Krise und des Weges zu ihrer Überwindung ist auch die Kritik der sozialistischen Bewegung bestimmt, die Walter Eucken von seinem Vater übernimmt, der, wie er bemerkt, „zeitweise die Neigung hatte, dem Sozialismus näher zu treten“, diesen aber ablehne, weil er auf die entscheidenden geistigen Fragen keine Antwort gebe und „somit eine Lösung der Lebensprobleme der Zeit nicht zu geben“ vermöge.²⁴

2. Weltanschauungsphilosoph vs. Fachökonom: Die geistige Krise des Kapitalismus

Ebenso eingehend, wie er sich mit dem Anspruch des Sozialismus auseinandersetzt, einen Ausweg aus der Gegenwartskrise weisen zu können, so ausführlich beschäftigt sich Walter Eucken in mehreren Beiträgen für *Die Tatwelt* auch mit der Frage, inwieweit der Kapitalismus als Krisenursache anzusehen sei. Der oft gegebenen Antwort, der „Sieg des Kapitalismus habe zu einer Zerspaltung der Kultur führen müssen“, stellt er die Behauptung entgegen, „dass nicht das Vorhandensein des Kapitalismus sondern einfach die Tatsache der wirtschaftlichen Entwicklung wesentlich dazu beigetragen hat, die einheitliche Kultur zu zerstören“. Nicht im Kapitalismus per se als der Wirtschaftsform, die sich im Zuge der wirtschaftlichen Umwälzungen der Neuzeit durchgesetzt habe,²⁵ sei als die eigentliche Ursache der geistigen Krise der Neuzeit anzusehen. Diese sei vielmehr allein die Folge einer dynamischen, „im Tempo sich beschleunigenden wirtschaftlichen Entwicklung“.²⁶

²³ In seinem Vorwort als Herausgeber einer Neuauflage von Rudolf Euckens *Die Lebensanschauungen der großen Denker* schreibt Eucken: „Mein Vater erkannte die Gefährdung der modernen Welt. Er sah, dass seine Epoche die wesentlichen Maßstäbe verloren hatte. Er spürte die Erde beben – in einer Zeit, in welcher die meisten Menschen glaubten, sie stünde fester denn je“ (Walter Eucken, Vorwort des Herausgebers, in: Rudolf Eucken, *Die Lebensanschauungen der großen Denker*, Berlin: Walter De Gruyter 1950, S. V-VII, hier S. V).

²⁴ In seinem Aufsatz „Vom Radikalismus sozialistischer und Euckenscher Prägung“ (in diesem Band) schreibt Walter Eucken; „Vergleicht man zunächst die *Kritik der Gegenwart*, wie sie vom Sozialismus und von Eucken durchgeführt wird, so gewinnt man folgendes Bild: Die Kritik des Sozialismus ist radikal und zwar in dem Sinne, dass er die bestehende Gesellschaftsordnung verwirft. ... Völlig andersgeartet ist die Zeitkritik Euckens. ... Das Problem wird in den Mittelpunkt gestellt, ob in der Gegenwart der Mensch einen geistigen Lebensinhalt gewinnen kann. ... Eucken sucht zu zeigen, dass der gesamte Kulturprozess der Neuzeit schließlich zu einer völlig unhaltbaren Lage hinführt, die sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt verschärft“.

²⁵ „Denn das Ergebnis aller wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten 400 Jahre ist, dass sich eine Wirtschaftsform durchgesetzt hat, die in schroffstem Gegensatz zur altüberkommenen steht: der Kapitalismus“.

²⁶ „Die europäische Menschheit hat in ihrer *geistigen* Entwicklung seit dem Anbruch der Neuzeit ein ungemein lebendiges Streben nach Kraftentfaltung und nach energischer Betätigung in der realen Welt gezeigt, ein Streben, das vor allem in den letzten 100 Jahren mit elementarerer Wucht zum Durchbruch gekommen ist. Hieraus

Allerdings, so fügt Eucken hinzu, ergebe sich aus der Eigenart des Kapitalismus, „dass er die geistige Krise verschärfen musste“,²⁷ und zwar aufgrund der für diesen charakteristischen rationalen Wirtschaftsgesinnung, die auf ein „rein rechnerisches Denken und Handeln, dauerndes Vergleichen von Kosten und Ertrag“ abziele. Seine Schlussfolgerung lautet:

Das Ergebnis ist schließlich, dass in den kapitalistisch wirtschaftenden Völkern der Einzelne nach seinem rational errechneten Selbstinteresse allein handelt. Es ist klar, dass diese Wirtschaftsgesinnung erheblich dazu beitragen musste, die Religion aus ihrer alten Stellung zu verdrängen. Denn wahrhafte Religion ist mit der Herrschaft des wirtschaftlichen Selbstinteresses auf die Dauer nicht vereinbar. Wohl aber Selbstinteresse und grenzenloser Subjektivismus, wie wir ihn heute haben.

Wenn für Eucken, für den die geistige zugleich eine religiöse Krise ist, der Geist des Kapitalismus mit „wahrhafter Religion“ unvereinbar ist²⁸ und zudem „einfach die Tatsache der wirtschaftlichen Entwicklung zur – die geistige und religiöse Krise ausmachenden – Zerstörung der Einheitskultur geführt hat, dann scheint eine Schlussfolgerung unausweichlich: Die für die Krisenlösung erforderliche „Gewinnung einer Innenwelt“ kann weder unter den Bedingungen des Kapitalismus noch unter einer dynamischen Wirtschaft erwartet werden. Es ist dies die Stelle, an der Walter Euckens Perspektive als dem Erbe seines Vaters verpflichteter Weltanschauungsphilosoph mit der Sicht der Dinge, zu der er als Fachökonom gelangt, in Spannung gerät.

Der Kontrast zwischen den beiden Sichtweisen wird bereits in dem Aufsatz „Zur Kritik des Sozialismus“ deutlich, den Eucken 1925 in der ersten Ausgabe der in *Die Tatwelt* umbenannten Zeitschrift des Euckenbundes²⁹ veröffentlicht. In diesem Beitrag geht er zunächst ausführlich auf die Kritik ein, „die von wissenschaftlich nationalökonomischer Seite aus am Marxismus geübt wird“. Unter Verweis auf die Argumentation, die Ludwig von Mises in *Die Gemeinwirtschaft*³⁰ ausgeführt hat, stellt er fest:

entstanden die großen in ihrer Weise bewundernswerten Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Zu den Opfern, die dieser Leistung gebracht wurden, gehört die Zerstörung der überkommenen einheitlichen Kultur“.

²⁷ „Zwar liegt es nicht so ..., dass die religiöse Krise der Gegenwart aus dem Kapitalismus heraus erwachsen sei. ... Der Geist der modernen Zeit hat nicht bloß den Kapitalismus, er hat auch die religiöse Krise geschaffen, und es ist nur durchaus zuzugeben, dass im weiteren Verlauf der Entwicklung auch direkte Wechselwirkungen entstanden“.

²⁸ „Geist des modernen Kapitalismus und Geist des Christentums sind schlechterdings unvereinbar“.

²⁹ Dass Walter Eucken an der Umbenennung aktiv beteiligt war, ist seinen, an das Sekretariat des Euckenbundes gerichteten Brief vom 13. März 1925 (Eucken Briefe Bd. 1) zu entnehmen, in dem es heißt: „Ich würde den *allergrößten* Wert darauf legen, dass der Name der Zeitschrift ‚Tatwelt‘ und ohne Untertitel bleibt. Nur so können wir unsere Zeitschrift in weiteren Kreisen zur Geltung bringen; sonst haftet ihr immer der Charakter der persönlichen Propaganda an. Auch meine Tätigkeit für die Zeitschrift *steht und fällt natürlich mit dem Namen.*“

³⁰ Ludwig von Mises, *Die Gemeinwirtschaft – Untersuchungen über den Sozialismus*, Jena: Gustav Fischer 1924.

Im sozialistischen Gemeinwesen gibt es keinen Marktverkehr und keine Preisbildung. ... Wenn es aber keine Preise gibt, besteht auch keine Möglichkeit der Wirtschaftsrechnung, der Kalkulation und der Bilanz. Die Leitung des Sozialistengesellschaft muss also in der Lenkung der Produktion völlig im Dunkeln tappen.

Dem von marxistischer Seite vorgebrachten Argument, in „der sozialistischen Gesellschaft würden die Menschen ganz anders“ als in der bürgerlichen Gesellschaft sein, hält er entgegen:

Wir wissen aus der Geschichte, wie schwer die Natur des Menschen sich wandelt. Wir wissen, dass der Durchschnittsmensch von der Selbstliebe beherrscht wird, und dass die bloße Einführung einer neuen Wirtschaftsform die Menschen niemals veranlassen kann, nun plötzlich das Selbstinteresse zu vergessen und freudig angespannt nur für die Gemeinschaft zu arbeiten.

Der Marxismus verlasse, so resümiert Eucken, „in diesem entscheidenden Punkt ... die Wirklichkeit“ und rechne „mit Menschen, die es gar nicht gibt“.

Nun könne allerdings, so führt Eucken seine Überlegungen weiter, mit den volkswirtschaftlichen Einwänden „eine endgültige Kritik des Marxismus nicht durchgeführt werden“, entscheidend sei vielmehr die Frage, ob er in der Lage sei, „eine neue befriedigende Lebensgestaltung zu schaffen“. Und es ist diese, ihn in der Denktradition seines Vaters beschäftigende Frage, der er sich im verbleibenden Teil des Aufsatzes zuwendet, den er mit den Worten abschließt:

(D)ie ungemein großen volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten, die der Durchführung des Marxismus entgegenstehen, haben wir im vollen Umfang gewürdigt. Entscheidend aber ist, dass der Marxismus die große innere Leere der Zeit nicht überwinden kann. Dazu sind andere Kräfte notwendig, die der Marxismus seiner Natur nach ausschließt. So kann er nichts Positives leisten. In seiner machtvollen Ausdehnung ist er nur ein deutliches Menetekel von der Größe der Zeitkrise.³¹

In dem im Vorhergehenden besprochenen Beitrag aus dem Jahr 1925 stehen die Krisendeutung, die Eucken von seinem Vater übernimmt, und seine ökonomische Analyse noch unverbunden nebeneinander und es bleibt unklar, welche Bedeutung der Letzteren für die zur Bewältigung der geistigen Krise erforderlichen „Schaffung einer neuen Lebensordnung“ zukommt. In Euckens späteren *Tatwelt*-Aufsätzen „Die geistige Krise und der Kapitalismus“ (1926) und „Wirtschaftsentwicklung contra Kulturentwicklung“ (1930) wird jedoch unübersehbar, dass er als Weltanschauungsphilosoph durch seine Einsichten als Fachökonom in ein Dilemma gerät. Kommt er im Geiste der Philosophie seines Vaters zu der

³¹ „Eine völlige Umgestaltung der Gegenwart ist notwendig, aber sie ist nur dann tiefgreifend und wahrhaft umwälzend, wenn man von vornherein erkennt, dass der Mensch zwei Welten angehört, einem gegebenen Dasein und einer schaffenden *Tatwelt*. Nur von hier aus kann die geistige Krise der Gesamtheit überwunden werden“.

Diagnose, dass die Wirtschaftsgesinnung des Kapitalismus und die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik mit der für die Überwindung der geistigen Krise erforderlichen „Gewinnung einer Innenwelt“ unverträglich sind, so führt ihn seine ökonomische Analyse zu dem Schluss, dass beide „aus äußeren Gründen“ unverzichtbar sind.

In „Wirtschaftsentwicklung contra Kulturentwicklung“ heißt es:

Die wirtschaftliche Entwicklung haben wir als einen Feind der Kulturbildung erkannt; ein tiefer innerer Gegensatz in der Sache selbst liegt vor. Es besteht keinerlei Hoffnung, dass ein andersgeartetes Wirtschaftssystem die Neubildung einer einheitlichen Kultur begünstigen würde; vielmehr würde ein solches die Situation nicht im mindesten verbessern, wenn das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung das gleiche bliebe. Wohl aber ist der Übergang zu statischerer Wirtschaftsweise als eine Voraussetzung wahrhafter Kulturbildung zu betrachten. Allerdings wäre damit der Nachteil verbunden, dass die Leistungsfähigkeit des wirtschaftlichen Apparats nicht das gleiche Wachstum aufweisen könnte wie in der heutigen dynamischen Wirtschaft.

Seine Schwierigkeiten, angesichts dieser Diagnose eine Rezeptur zur Krisenlösung aufzeigen zu können, werden deutlich, wenn Eucken feststellt:

Hier drängt sich die Frage auf, welche inneren Kräfte mobilisiert werden müssen, letzten Endes, welche Schwerpunktverschiebung des menschlichen Lebens eintreten muss, um die wirtschaftliche Entwicklung auch wieder von der geistigen Seite her zu bremsen. Aber damit wird eine Frage aufgeworfen, die weit über die Grenzen unserer Untersuchung hinausweist.

Angesichts der Tatsache, dass der Kapitalismus die aus der wirtschaftlichen Entwicklung erwachsenen geistigen Krise verschärft habe, könne es naheliegen, so stellt er fest, „einfach die Beseitigung des Kapitalismus in seiner jetzigen Form zu verlangen und in Angriff zu nehmen.“³² Sozialreformern, die verheißen, durch die Beseitigung des Kapitalismus könne „das Leben wieder einen Sinn erhalten“, erteilt Eucken jedoch eine eindeutige Absage:

Es ist ungemein verlockend, der Losung zuzustimmen und doch müssen wir sie mit Entschiedenheit ablehnen. Denn der Kapitalismus ist in der Jetztzeit nicht entbehrlich, er muss bestehen bleiben, wenn die ungeheuer angeschwollene Menschenmasse der Welt ernährt werden soll. ... Der Zwang, so gewaltige Bevölkerungsmassen menschenwürdig zu erhalten, erfordert in der Tat gebieterisch rationellste Wirtschaftsführung. Die Wirtschaftsform, in der am produktivsten gearbeitet wird, ist die einzige, die heute bestehen kann. Diese Wirtschaftsform ist aber der Kapitalismus.

Das Dilemma, das sich angesichts dieses Urteils für sein Bemühen, das philosophische Programm seines Vaters fortzuführen, auftut, räumt er in aller Offenheit ein:

³² „Aus allem wird also ersichtlich, dass der Kapitalismus und die Zeitkrise zusammenhängen. Wir hätten eine geistige Krise auch ohne Kapitalismus. Aber hätten wir die alte traditionalistische Wirtschaftsform der beginnenden Neuzeit noch heute, so würde sie nicht mit so furchtbarer Schärfe auftreten und ihre Überwindung leichter erreichbar sein“.

Das Ergebnis unserer kurzen Untersuchung ist also folgendes: Auf der einen Seite ist nicht zu verkennen, dass der moderne Kapitalismus die geistige Leere der Zeit mitverschuldet, dass er dazu beiträgt, dem menschlichen Leben seinen Inhalt zu rauben und vor allem es erschwert und erschweren wird, wieder eine umfassende geistige Lebensordnung zu schaffen. Aber auf der anderen Seite müssen wir zugestehen, dass die Erhaltung des Kapitalismus für die Versorgung der Menschen mit wirtschaftlichen Gütern eine Notwendigkeit ist. Die aus äußeren Gründen einfach unentbehrliche Wirtschaftsform stemmt sich dem inneren Neuaufbau entgegen.

Wir müssen die Ehrlichkeit haben, diesen Gegensatz in voller Schärfe zum Ausdruck zu bringen und wir müssen zugleich bekennen, ... dass ein Ausweg aus dieser ungeheuren Schwierigkeit heute überhaupt noch nicht zu sehen ist. Heute kann das Problem nur in voller Schärfe formuliert werden: Wir wissen als Schüler Rudolf Euckens, dass eine geistige Reformation der gesamten Menschheit notwendig ist, kommen muss und wird. Aber wir wissen auch, dass dieser Reformation, der Schaffung einer neuen Lebensordnung, unter anderem auch der Kapitalismus mit seiner rationalen Wirtschaftsführung entgegensteht – und trotzdem können wir diesen Kapitalismus aus äußeren Gründen nicht beseitigen.³³

3. Von der „geistigen Krise“ zur „Krise des Kapitalismus“

Es ist offenkundig, dass die beiden Gedankenwelten, in denen sich Eucken in den 1920er Jahren bewegt, die Weltanschauungsphilosophie seines Vaters und die des Fachökonomen, sich nicht zu einem kohärenten Forschungsprogramm verbinden lassen. Wie sehr sie unverbunden bleiben illustrieren seine beiden 1932 erschienenen Aufsätze, der für *Die Tatwelt* verfasste Beitrag „Religion – Wirtschaft – Staat“ und der sich an Fachkollegen richtende Beitrag „Staatliche Strukturwandlungen und die Krise des Kapitalismus“. Wegen ihrer zeitlichen Nachbarschaft und ihren thematischen Überschneidungen werden die beiden Beiträge gerne in einen engen Zusammenhang gebracht,³⁴ sie unterscheiden sich jedoch ganz deutliche in den Schwerpunkten, die sie setzen.

³³ Es zeugt von seiner Hilflosigkeit angesichts dieses Dilemmas, wenn Eucken hinzufügt:

Das Problem besteht also darin, diese Schwierigkeit zu überwinden, die Menschen wieder Glieder einer umfassenden geistigen Lebensordnung werden zu lassen und einer solchen Lebensordnung entsprechend die Wirtschaftsform zu gestalten, die dabei aber auch ihrem äußeren Zweck voll entsprechen muss.

Ein solch gewaltiges Problem kann nur in Jahrhunderten gelöst werden. ... Wie aber auch immer der Weg zur Lösung beschaffen sein wird, ob er in ferner Zukunft leicht zu beschreiten ist oder ob er durch gewaltige Katastrophen hindurchführt, *Eines* steht fest: Die Lösung des Problems muss gefunden werden.

³⁴ Dathe, Walter Euckens Weg zum Liberalismus, op. cit., S. 74f.; Tim Petersen, Theologische Einflüsse auf die deutsche Nationalökonomie im 19. Und 20. Jahrhundert – drei Fallbeispiele, Dissertation, Universität Hamburg, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 2015, S. 128f..

Zwar spricht Eucken in beiden Aufsätzen in fast gleichlautenden Formulierungen von der „fortwährenden Erweiterung des staatlichen Wirkungsbereichs“, davon, dass diese „durchaus nicht ohne weiteres eine Stärkung des Staates“ bedeute, sondern den Staat „leicht zu einem Werkzeug der Interessenten“ mache, und davon, dass wegen der Verflechtung von Staat und Wirtschaft sich jede schwere Wirtschaftskrise zu einer Staatskrise auswachse. Doch werden diese Erscheinungen in „Religion – Wirtschaft – Staat“, anders als in den „Strukturwandlungen“, *nicht* in ihrer Bedeutung als politisch-gesellschaftliche *Strukturprobleme* erörtert. Vielmehr geht Eucken in seinem *Tatwelt*-Aufsatz davon aus, dass es unmöglich sei, die Krise der Neuzeit „lediglich aus wirtschaftlichen oder aus politischen Ursachen zu erklären“, und seine Aufmerksamkeit gilt der „Zerspaltung des Lebens“, die daraus erwachse, „dass die Religion nicht mehr dem ganzen Leben als Fundament dient, wie früher“. In diesem Aufsatz geht es ihm um die Frage, wie eine „Überwindung der jetzigen Gespaltenheit, Wiederherstellung eines Sinnzusammenhangs des Lebens“ ermöglicht werden kann. Den Anhängern eines *Ökonomismus*, die „durch Umgestaltung der Wirtschaft dem Leben der Einzelnen eine neue sinngebende Einheit zu verschaffen“ hoffen, und den Vertretern eines *Politismus*, für die „durch Aufgehen des Einzelnen im Staat ... dem Leben wieder ein umfassender Sinngehalt verliehen werden“ soll, wirft er vor „die grundlegenden Tatsachen“ zu verkennen. Und er kommt zu dem Schluss:

Die geschichtliche Entwicklung wird nach Scheitern aller anderen Versuche mit Notwendigkeit zu dem Ergebnis führen müssen, dass der umfassende Sinnzusammenhang den Tätigkeiten des einzelnen Menschen nur von der Religion, vom Glauben an Gott wieder verliehen werden kann. In der menschlichen Persönlichkeit hat dieser Sinnzusammenhang bestanden, und nur in der Einheit der Persönlichkeit mit ihrer Welt kann er wieder geschaffen werden.

Auch in den „Strukturwandlungen“ spricht Eucken von der „seelischen Lage des modernen Menschen“, vom „Zusammenbruch der überkommenen Lebensordnung“ und davon, dass „die Religion mehr und mehr die Kraft verlor, dem Leben und damit auch dem wirtschaftlichen Handeln des einzelnen Menschen einen Sinnzusammenhang zu gewähren“, Tatbestände, in denen er die tieferen Gründe für die „antikapitalistische Haltung der Massen“ und dafür sieht, dass der Glaube „an den totalen, alles beherrschenden Staat ... weitgehend zum Religionsersatz geworden“ sei. Aber diese Ausführungen bleiben marginal und spielen im Kontext des Beitrages keine systematische Rolle. In ihm geht es nicht um die geistige Krise der Neuzeit, sondern um die *Krise des Kapitalismus*, um die Frage nach seiner jetzigen Situation und danach, „ob die staatlich-gesellschaftlichen Grundlagen für seine Existenz noch ebenso vorhanden sind wie früher“. Untersuchungsgegenstand des Beitrages sind die

staatlich-gesellschaftlichen Strukturwandlungen, in denen Eucken die Ursache für die von ihm diagnostizierte Krise des Kapitalismus sieht, und die *strukturellen Reformen*, die er für eine Lösung dieser Krise für erforderlich hält. Es ist dieser Fokus auf gesellschaftliche Strukturprobleme und die Frage nach der Möglichkeit ihrer Überwindung, der Eucken Forschungsprogramm in den folgenden Jahren bestimmen sollte, und der die „Strukturwandlungen“ zum Gründungsdokument der Freiburger Schule macht.

Nun hat es um die Frage, welcher Stellenwert den „Strukturwandlungen“ für die Entwicklung des Euckenschen Forschungsprogramms beizumessen ist, eine kontroverse Diskussion gegeben, auf die hier ein kurzer Blick geworfen werden soll. In seiner Schrift *Eucken und von Hayek im Vergleich* spricht Ingo Pies davon, dass Eucken mit diesem Beitrag einen „grundlegenden Perspektiven- und Prioritätenwechsel“ vollzogen habe.³⁵ Während er „als der Sohn (und Schüler) seines Vaters ... mit einer *lebensphilosophischen* Problemstellung“ begonnen habe,³⁶ werde mit den „Strukturwandlungen“ das *Problem der Wirtschaftsordnung* zum zentralen Forschungsgegenstand.³⁷ Der von Pies vertretene These einer Diskontinuität in Euckens Werk hat Nils Goldschmidt mit dem Argument widersprochen, dass sich in dem von Pies „zum ökonomischen Konversionsaufsatz stilisierten Beitrag“³⁸ Erwägungen zum „Glaubensverlust moderner Gesellschaften“ finden,³⁹ und dass die Philosophie seines Vaters „für die ethische Ausrichtung des Werkes von Walter Eucken von besonderer Bedeutung“ sei.⁴⁰

Wenn mit der Diskontinuitätsthese gemeint sein soll, dass die „Strukturwandlungen“ einen „Bruch im Werk Euckens“⁴¹ im Sinne einer völligen Abkehr von der Philosophie seines Vaters markieren, so spricht einiges gegen sie. Es sollte aus den vorhergehenden Ausführungen zu Euckens Werk gleichwohl deutlich geworden sein, dass die Fragestellung, die er in Fortführung dieser Philosophie verfolgt, keine systematische Verbindung mit den Erkenntnisinteressen erfährt, die er als Fachökonom verfolgt, sondern dass er sie allenfalls,

³⁵ Ingo Pies, *Eucken und von Hayek im Vergleich*, Tübingen: Mohr Siebeck 2001, S. 24

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd.: 28.

³⁸ Nils Goldschmidt, Nils, *Eröffnung der Kontingenz gesellschaftlicher Ordnung? – Eucken und die Kirche als ordnende Potenz*, in: I. Pies und M. Leschke (Hg.), *Walter Euckens Ordnungspolitik*, Tübingen: Mohr Siebeck 2002, S. 164-171, hier S. 164.

³⁹ Ebd.: S. 165.

⁴⁰ Goldschmidt, *Entstehung und Vermächtnis ordoliberalen Denkens*, op.cit., S. 81.

⁴¹ Uwe Dathe und Nils Goldschmidt 2003: *Wie der Vater, so der Sohn? Neuere Erkenntnisse zu Walter Euckens Leben und Werk anhand des Nachlasses von Rudolf Eucken in Jena*, *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 54, 2003, S.49-74, hier S. 69.

wie die beiden 1932er Aufsätze illustrieren, nebeneinander weiter verfolgt. Bestimmend für Euckens Beitrag als „Gründungsvater“ der Freiburger Schule ist jedenfalls allein das in den „Strukturwandlungen“ angelegte *ordnungsökonomische Forschungsprogramm*. Dass dieser Beitrag, wie Dathe und Goldschmidt betonen, mit einem „spezifischen ethischen Anspruch“ verbunden ist,⁴² kann nicht bezweifelt werden, betont Eucken doch in der späteren Ausarbeitung seines ordoliberalen Ansatzes wiederholt, dass es ihm dabei um die Beantwortung der Frage geht, wie der „modernen industrialisierten Wirtschaft und Gesellschaft eine menschenwürdige und funktionsfähige Ordnung gegeben werden“ kann (S. ...). Doch ändert die ethische Zielsetzung seiner Forschungsbemühungen nichts daran, dass die *ordnungspolitischen Probleme*, um die es bei seinem ordoliberalen Forschungsprogramm geht, von grundsätzlich anderer Natur sind als das Problem der Überwindung der „geistigen Krise der Neuzeit“, auf das sich seine *Tatwelt*-Aufsätze konzentrieren. Dass Eucken beide Probleme im Auge behält, ist biographisch bedeutsam, hat aber keine systematische Bedeutung für die theoretischen Grundlagen des von ihm begründeten ökonomischen Forschungsprogramms.⁴³ Beim ordnungspolitischen Forschungsprogramm geht es nicht darum, die Frage zu beantworten, wie die geistige Krise durch „Gewinnung einer Innenwelt“ überwunden werden kann, sondern darum, aufzuzeigen, wie dem aufgrund staatlich-gesellschaftlicher Strukturwandlungen in eine Krise geratenen Kapitalismus wieder die Rahmenbedingungen gegeben werden können, unter denen er „entstanden war, und ohne die er weder seine starken Kräfte entfalten noch überhaupt funktionieren kann“.

4. Die Krise des Kapitalismus als Ordnungsproblem

Als verfehlt weist Eucken Vorstellungen zurück, die den Ursprung seiner Schwierigkeiten darin sehen wollen, dass dem Kapitalismus „heute der eigentliche Motor der wirtschaftlichen Entwicklung“ (S...), nämlich der dynamische, die Entwicklung vorantreibende

⁴² Ebd.

⁴³ In seinem 1948er Aufsatz „Das ordnungspolitische Problem“ nimmt Eucken auf beide Probleme Bezug, wenn er nach Ausführungen zur „Frage nach der Lenkung des modernen Wirtschaftsprozesse durch ‚Wirtschaftsordnungspolitik‘“ bemerkt: „Damit ist gesagt, dass nun alle Fragen der menschlichen Ordnung und des Menschen überhaupt durch Wirtschaftsordnungspolitik allein bewältigt werden könnten. Wohl aber gilt der Satz: keine geistig-religiöse oder politische Bewegung wird diese Fragen lösen, wenn es nicht gelingt, in adäquaten Wirtschaftsordnungen die Lenkung des alltäglichen Wirtschaftsprozesses durchzuführen. ... Wir müssen uns daran gewöhnen, dass feierliche Fragen nach der geistig-seelischen Existenz des Menschen mit sehr nüchternen Fragen der wirtschaftlichen Lenkungsmechanik untrennbar verbunden sind“ (Walter Eucken, Das ordnungspolitische Problem, *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 1, 1948, S. 56-90, hier S. 77f.).

1948: 77f.).

Unternehmertyp abhandengekommen sei, und sich stattdessen „eine Bürokratisierung der Wirtschaftsführung“ breit gemacht habe. Dieses Unternehmerbild sei zwar für die Industriezweige zutreffend, in denen monopolistische Machtstellungen „die Kraft der Konkurrenz gebrochen oder stark geschwächt“ hätten, nicht jedoch für „den größten Teil der weiterverarbeitenden Industrie“, in dem man weiterhin den „Unternehmertyp des Wettbewerbs“ finde.⁴⁴ Die Schwierigkeiten, in denen er sich befinde, seien, so stellt Eucken fest, nicht aus dem Kapitalismus selbst heraus entstanden. Sie seien vielmehr im historischen Wandel der staatlich-gesellschaftlichen Organisation zu suchen, in deren Rahmen sich die Entwicklung des Kapitalismus vollzogen habe. Dieser Wandel erfolgte nach Eucken in drei Epochen, vom absolutistischen Staat des Merkantilismus, über den liberalen Staat des 19. Jahrhunderts zum Wirtschaftsstaat der Gegenwart, ein Wandel, den er wie folgt charakterisiert:

Während in der ersten, merkantilistischen, Epoche der Neuzeit der Kapitalismus vom Staate selbst geschaffen wurde, während in der zweiten Epoche die liberale Trennung von staatlicher und wirtschaftlicher Sphäre die weitere Entwicklung des Kapitalismus ermöglichte, und zugleich die Aufrechterhaltung eines stabilen außenpolitischen Systems ein weites Betätigungsfeld eröffnete, *entsteht in der dritten Epoche eine Diskrepanz zwischen den politischen Voraussetzungen, die der nunmehr voll entfaltete Kapitalismus notwendig braucht auf der einen Seite und den tatsächlichen innen- und außenpolitischen Verhältnissen anderseits.*

Euckens Augenmerk gilt vor allem dem Prozess, in dem sich der liberale Staat, der die freie private Sphäre des einzelnen erweitert und den Boden bereitet hatte, „auf dem der Kapitalismus kräftig heranwachsen konnte“ im „Laufe des letzten halben Jahrhunderts ... durch Zusammenwachsen von Staat und Wirtschaft, durch Politisierung der Wirtschaft allmählich zum *Wirtschaftsstaat*“ umgestaltete. Die Kennzeichen dieses Wirtschaftsstaates beschreibt Eucken in einer zentralen Passage seiner „Strukturwandlungen“:

Die Umwandlung des liberalen Staates zum Wirtschaftsstaat bedeutet für das *staatliche*, wie für das *wirtschaftliche* Leben sehr viel. Dass mit diesem Prozess die Größe des Staatsapparates außerordentlich wächst, dass sein Etat mächtig anschwillt, dass er ... viel tiefer als früher in die Einkommensgestaltung des einzelnen eingreift, dass sich also eine entschiedene Expansion der Staatstätigkeiten vollzieht, ist oft geschildert worden. Solche Tatsachen dürfen aber nicht eine andere Seite der Sache

⁴⁴ „Das fortwährende Auftauchen neuer Waren, wie es etwa für die Mehrzahl der Maschinen- und Textilmärkte kennzeichnend ist, sowie der damit zusammenhängende dauernde Wechsel der Bedürfnisse und der Nachfrage schließen eine Erstarrung des Unternehmertums völlig aus. ... Der Unternehmergewinn entsteht hier nicht aus der Erwerbung und Sicherung von Monopolstellungen, sondern aus der Einführung von Neuerungen. ... Allerdings findet infolge der ständig wachsenden Ansprüche der Firma dieser Unternehmer wenig Zeit und Kraft, sich nach dem Vorbild seiner Berufsgenossen aus monopolgesicherten Unternehmungen öffentlich zu betätigen, in Verbänden hervorzutreten, bei Regierungsstellen vorstellig zu werden. Daraus mag es sich auch erklären, dass viele Schriftsteller heute nur die „Industriekapitäne“ kennen, d. h. die hervorragendsten Führer im Kreise monopolisierter Industrien, und den heutigen Unternehmer der Konkurrenzwirtschaft entweder übersehen oder ausdrücklich als ‚tot‘ bezeichnen“.

übersehen lassen; diese Expansion ... bedeutete nicht etwa eine Stärkung, sondern ganz im Gegenteil eine Schwächung des Staates ... Seine Handlungen werden abhängig von dem Willen der wirtschaftlichen Gruppen, denen er mehr und mehr als Werkzeug dient. ... Die ganze Wirtschaftspolitik der neuesten Zeit spiegelt diesen Zersetzungsprozess deutlich wieder; sie zerfällt in eine Fülle von Maßnahmen, die einzeln auf die Wünsche verschiedener wirtschaftlicher Machtgruppen zurückführbar, im ganzen keinerlei einheitlichen Gedanken und Willen, sondern gänzliche Systemlosigkeit verraten.

Die Staatseingriffe, so stellt Eucken fest, nehmen der kapitalistischen Wirtschaft die wesentliche Voraussetzung für ihre Funktionsfähigkeit, „die regulierende Kraft des Preissystems“. Aus einem durch das Preissystem sinnvoll geordneten Kapitalismus, werde „ein staatlich gebundener Kapitalismus, der einer brauchbaren Steuerung entbehrt“⁴⁵

Die treibende Kraft hinter der Entwicklung zum Wirtschaftsstaat sind für Eucken „die einzelnen Wirtschaftsgruppen, die Unternehmer und Arbeiter, (die) den Staat zum Eingriff veranlassen, um ihre Position im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft zu stärken“.⁴⁶ Die Voraussetzungen dafür, dass dieses „Drängen nach Staatseingriff“ sich durchsetzen konnte, sieht Eucken in den durch die Kriegswirtschaft geschaffenen engen Beziehungen zwischen Unternehmertum und Staat, vor allem aber in der *Demokratisierung*, die „den Parteien und den von ihnen organisierten Massen und Interessengruppen einen stark gesteigerten Einfluss auf die Leitung des Staates und damit auf die Wirtschaftspolitik“ gewährt habe.⁴⁷

Eine Wiederherstellung der staatlich-gesellschaftlichen Organisation, die die Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus gewährleisten kann, erfordert folglich nach Eucken einen Staat, der sich aus „der Verflechtung mit der Wirtschaft“ löst und die „Kraft findet, sich von dem Einfluss der Massen frei zu machen“, eine Forderung, die den Gedanken an den „starken Staat“ nahelegt, von dem Alexander Rüstow in seinem, ebenfalls 1932

⁴⁵ „Die kapitalistische Wirtschaft ist also nicht nur im Zeitalter des liberalen Staates voll zur Entwicklung gelangt, sie setzt auch eine durch Staatseingriffe ungehinderte Preisbildung voraus – wenn ihr Steuer nicht seine Funktionsfähigkeit verlieren soll“.

⁴⁶ Das Problem, das Euckens unter dem Stichwort „Wirtschaftsstaates“ behandelt, fasst die heutige Public Choice Theorie unter den Begriff „rent-seeking society“ (James M. Buchanan, Robert D. Tollison, Gordon Tullock, *Toward a Theory of the Rent-Seeking Society*, College Station: Texas A&M University Press 1980).

⁴⁷ Dadurch, dass mit ihr „die Völker und ihre Leidenschaften, die Interessengruppen und chaotischen Kräfte der Masse auf die Außenpolitik maßgebenden Einfluss“ gewannen, hat die Demokratisierung nach Euckens Urteil ebenfalls dazu beigetragen, die in der liberalen Epoche gegebenen Voraussetzungen für das rasche Wachsen des Kapitalismus zu untergraben. Die internationale Staatenordnung, die „die Vertrauensgrundlage für den langfristigen Kapitalverkehr und ... ein Netz von langfristigen Handelsverträgen“ schuf, sei infolge des wachsenden Einflusses der Massen zerstört worden. Im Versailler Vertrag sieht Eucken dieses Problem exemplarisch illustriert. In all seinen wichtigen Bestimmungen mache „sich das Fehlen der alten ordnenden Prinzipien geltend“. – Siehe dazu auch den in diesen Band aufgenommenen Beitrag „Nochmals Grundsätzliches zur Kriegsschuldfrage“.

erschienenen – und wie die „Strukturwandlungen“ als ein Gründungsdokument des Ordoliberalismus geltenden – Aufsatz „Freie Wirtschaft – starker Staat“ spricht.⁴⁸

Zur Frage, wie Euckens Vorstellung von der Rolle eines, sich dem Einfluss von Interessengruppen entziehenden „starken“ Staates zu interpretieren und seine kritische Sicht der „Demokratisierung“ zu werten ist, finden sich in der Literatur kontroverse Einschätzungen, auf die zurückzukommen sein wird. Hier soll zunächst jedoch das Forschungsprogramm näher beleuchtet werden, das Eucken – ausgehend von seiner in den „Strukturwandlungen“ dargelegten Diagnose der „Krisis des Kapitalismus“ – in den folgenden beiden Jahrzehnten ausarbeitet, und dessen Fragestellung er wiederholt mit den Worten umschreibt: „Wie kann dieser modernen industrialisierten Wirtschaft und Gesellschaft eine menschenwürdige und funktionsfähige Ordnung gegeben werden“.⁴⁹

5. Das ordnungspolitische Problem⁵⁰

Mit der seit dem Ende des 18. Jahrhunderts fortschreitenden Industrialisierung erhielten, so stellt Eucken zu Beginn seiner Londoner Vorlesung fest, „alle Probleme der Wirtschaftspolitik ... einen neuen Inhalt“. Von der großen Aufgabe der industrialisierten Welt „mit ihrer weitgreifenden Arbeitsteilung eine funktionsfähige Ordnung der Wirtschaft zu geben, die dauerhaft ist“, spricht Eucken bereits in seinen *Grundlagen der Nationalökonomie* und fügt präzisierend hinzu:

⁴⁸ In diesem Beitrag stellt Rüstow fest: „Fast allgemein herrscht die Auffassung, als ob ... dieses Ausgreifen des Staates über seine bisherigen Grenzen ... ein Zeichen übermäßiger Stärke des Staates wäre ... Es ist in Wahrheit das genaue Gegenteil davon: nicht Staatsvollmacht, sondern Staatsohnmacht“ ((Rüstow, *Freie Wirtschaft – starker Staat*, in: Franz Böse (Hg.), *Deutschland und die Weltkrise*, Schriften des Vereins für Socialpolitik Bd. 187, München und Leipzig: Duncker & Humblot 1932, S. 62-69, hier S.66). Den „starken Staat“ beschreibt Rüstow als einen Staat, „der über den Gruppen, über den Interessenten steht, einen Staat, der sich aus der Verstrickung mit den Wirtschaftsinteressen herauslöst“ und für den gerade „diese Selbstbeschränkung ... Ausdruck seiner Unabhängigkeit und Stärke“ (ebd.: 68) ist.

⁴⁹ So spricht Eucken etwa von der „Notwendigkeit, für die industrialisierte Wirtschaft die fehlende funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Rechtes und des Staates zu finden“ (Eucken, Walter, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (6. durchgesehene Auflage), Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck [1952] 1990, S. 373). – Siehe auch Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 6. durchgesehene Auflage, Berlin, Göttingen, Heidelberg: Springer [1940] 1950, S. 239, 240; Eucken, Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung, in: Günter Schmolders (Hg.), *Der Wettbewerb als Mittel der volkswirtschaftlichen Leistungssteigerung und Leistungsauslese*, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Gruppe Wirtschaftswissenschaft, Berlin: Duncker & Humblot 1942, S. 29-49, hier S. 48; Eucken, „Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung“, *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 2, 1-99, hier S. 7; Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, op.cit., S. 2, 3, 14, 70, 374.).

⁵⁰ Den Titel „Das ordnungspolitische Problem“ wählte Walter Eucken für seinen Beitrag zum 1948 erschienen ersten Band von *ORDO* (Eucken 1948).

Funktionsfähig und menschenwürdig heißt: In ihr soll die Knappheit an Gütern, die sich Tag für Tag in den meisten Haushalten drückend geltend macht, so weitgehend wie möglich und andauernd überwunden werden. Und zugleich soll in dieser Ordnung ein selbstverantwortliches Leben möglich sein (ebd.).⁵¹

Die Probleme, vor die Eucken die „Lenkung des modernen Wirtschaftsprozesses durch ‚Wirtschaftsordnungspolitik‘“⁵² gestellt sieht, lassen sich unter drei Begriffe fassen: das Machtproblem, das Motivationsproblem und das Koordinations- oder Wissensproblem.

Das Machtproblem ist für ihn „geradezu zentral“ und gehört „an die Spitze“ gerückt, weil seine Lösung die Voraussetzung für eine menschenwürdige Ordnung ist,⁵³ einer Ordnung, in der „ein selbstverantwortliches Leben“ möglich ist.⁵⁴ Das Problem liegt im Spannungsverhältnis zwischen Macht und Freiheit, in der Frage, wie Macht beschränkt und Freiheit gesichert werden kann.⁵⁵ Wie Euckens es formuliert: „Das Problem der wirtschaftlichen Macht ist die andere Seite des Problems der Freiheit in der modernen industrialisierten Wirtschaft“.⁵⁶

⁵¹ Walter Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, S. 240. - „Die Aufgabe, die zu bewältigen ist, stellt sich folgendermaßen dar: Vor etwa 150 Jahren hat die eigentliche industrielle Revolution in England begonnen und sie ist noch lange nicht zu Ende. ... Die gesamte gesellschaftliche Struktur der Völker ist durch sie – wenn auch keineswegs allein durch sie – verwandelt worden. ... Dieser neuen, von eigenartigen Machtbildungen durchsetzten, modernen Wirtschaft ist eine Ordnung zu geben, die wirtschaftlich funktionsfähig und menschenwürdig ist. Das ist die Ordnungsaufgabe der Wirtschaftsverfassungspolitik“ (Eucken, Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung, op.cit., S. 48).

⁵² Eucken, Das ordnungspolitische Problem, op.cit., S. 77.

⁵³ Im Rückblick auf die Anfänge der Freiburger Schule wird Franz Böhm später feststellen: „Die Frage, die uns gemeinsam beschäftigte, war ... die Frage der privaten Macht in einer freien Gesellschaft. Sie führte notwendig weiter zu der Frage, wie die Ordnung einer freien Gesellschaft beschaffen ist“ (Böhm, „Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft zwischen Juristen und Volkswirten an der Universität Freiburg in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts“, in: H.J. Wolff: *Aus der Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften zu Freiburg i. Br.*, Freiburg, 95-113, hier S. 99).

⁵⁴ O.J. Schumann und H.G. Nutzinger behandeln ausführlich die Beeinflussung Euckens durch Kants Freiheitsbegriff und bemerken dazu: „So ging es Eucken vor allem darum, das kantsche Freiheitsideal zur praktischen Durchsetzung zu bringen: Der Mensch muss sowohl in der Lage sein, als Person seine innere Freiheit (Autonomie) leben zu können (d.h. zu moralischem Handeln fähig sein, als auch in äußerer Hinsicht vor der Willkür anderer geschützt sein“ (Schumann, Olaf J., Hans G. Nutzinger 2009: *Ordoliberalismus und Gerechtigkeit: zum Verhältnis von Eucken und Kant*, Joint discussion paper series in economics, No. 2009, 48, Univ., Dep. of Business Administration & Economics, Marburg 2009, S. 6).

⁵⁵ Eucken, Das ordnungspolitische Problem, op.cit., S. 73): „Freiheit war für die führenden Geister des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts ... die einzig mögliche Form der menschlichen Existenz. Ohne Freiheit, ohne spontane Selbsttätigkeit ist der Mensch nicht ‚Mensch‘. Freiheit ist für die großen Moralisten dieser Zeit die Voraussetzung aller Moral; denn nur der frei wollende und handelnde Mensch steht vor Entscheidungen, wählt so oder so. ... Freiheit – richtig verstanden – und Humanität und Recht gehören zusammen, sind untrennbar miteinander verbunden.“ – S.a. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 175f.

⁵⁶ „Die Macht stellt den Menschen und die Politik stets vor ein Dilemma. Die ganze Geschichte ist erfüllt von Machtmissbrauch. Besitz von Macht provoziert Willkürakte, gefährdet die Freiheit anderer Menschen, zerstört gewachsene und gute Ordnungen. Indessen: Es gibt kein Sozialleben ohne Machtpositionen, weil für jedes Leben in der Gemeinschaft Autorität notwendig ist, sei es im Staat oder in einem Betrieb“.

Zwar habe es das Problem der wirtschaftlichen Macht immer gegeben, aber seit der industriellen Revolution, so betont er, stelle es sich „in neuer Form“, damit habe „ein Zeitalter der Wucherung wirtschaftlicher Macht“ begonnen.⁵⁷ Sie habe ihre Antriebskräfte aus dem „Geist der Freiheit“ gewonnen, sei in ihren Auswirkungen aber zur „Bedrohung der Freiheit“ geworden.⁵⁸ Einerseits habe die „freiheitliche Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts ... Freiheit und Gleichberechtigung der Menschen politisch und rechtlich gesichert“, andererseits sei es zur Bildung privater wirtschaftlicher Machtgebilde gekommen, die imstande seien, „garantierte Freiheitsrechte Anderer zu beseitigen“.⁵⁹

Die entscheidende Voraussetzung für die Schaffung einer *funktionsfähigen* Wirtschaftsordnung sieht Eucken in der Lösung des Motivations- und des Koordinationsproblems. Mit Motivationsproblem ist hier Euckens Frage nach der Vermittlung von Eigen- und Gesamtinteresse gemeint, die Frage nach der Eignung einer Wirtschaftsordnung, die eigeninteressierten Bestrebungen der Wirtschaftsakteure in eine den gemeinsamen Interessen aller dienende Richtung zu lenken.⁶⁰ Betrachtet Eucken in „Die geistige Krise und der Kapitalismus“ die „Herrschaft des Selbstinteresses“ als Hindernis für die Überwindung der Krise durch die „Gewinnung einer Innenwelt“,⁶¹ so behandelt er in seinem ordnungspolitischen Forschungsprogramm das Eigeninteresse als faktische Gegebenheit, der bei der Gestaltung der Wirtschaftsordnung Rechnung getragen werden muss. Der „empfindliche Stachel aller großen wirtschaftspolitischen Probleme“ (1940: 490),

⁵⁷ Eucken, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, op.cit., S. 18: „Diese arbeitsteilige industrielle Wirtschaft bietet eine Chance zur Herrschaft und zur Machtausübung, wie sie früher in der Geschichte nicht bestand.“

⁵⁸ Eucken, Das ordnungspolitische Problem, op.cit., S. 73: „Der Geist der *Freiheit* hat die Industrialisierung schaffen helfen – und diese Industrialisierung ist zu einer schweren Bedrohung der Freiheit geworden.“ – S.a. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 175.

⁵⁹ Eucken, Das ordnungspolitische Problem, op.cit., S. 74: „Und zwar war es die *wirtschaftliche* Sphäre, aus der heraus die Freiheit zuerst bedroht wurde. ... Durch Gewerbefreiheit, Vertragsfreiheit, freien Handel und Beseitigung ungezählter alter Bindungen wurden die starken Kräfte der frei wirtschaftenden Menschen zur Entfaltung gebracht und so auch die Bahn für Technisierung und Industrialisierung geöffnet. Aber rasch entstanden neue wirtschaftliche Machtpositionen. ... Soziale Machtkörper auf den Arbeitsmärkten und weitreichende Herrschaftsansprüche in vielen Betrieben; später Syndikate, Konzerne, Trusts. Macht auf den Märkten und Macht im einzelnen Betrieb; dadurch wirtschaftlicher und sozialer Druck. So wurden viele Menschen von modernen privaten Machtgebilden abhängig. Der Einzelne sah sich einem großen, anonymen, übermächtigen Apparat gegenüber, auf den er angewiesen war.“ – S.a. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 176.

⁶⁰ Zum Begriff des „Gesamtinteresses“ bemerkt Eucken (Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 356): „Bekanntlich ist es schwierig, dem Begriff des ‚Gesamtinteresses‘ ... oder des ‚gesellschaftlichen Nutzens‘ einen bestimmten Inhalt zu geben. ... Für die Wirtschaftspolitik ist der Begriff des ‚Gesamtinteresses‘ nicht entbehrlich, und das bezeichnete Problem, wie Einzelinteresse und Gesamtinteresse zueinander stehen, ist ein Problem des tatsächlichen Lebens, das nicht dadurch weggeschafft wird, dass man auf Schwierigkeiten des Begriffs verweist.“ – Siehe dazu Viktor Vanberg, Die normativen Grundlagen von Ordnungspolitik, *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 48, 1997, S. 707-726.

⁶¹ „Denn wahrhafte Religion ist mit der Herrschaft des Selbstinteresses auf die Dauer nicht vereinbar“ (S. ...).

so stellt er fest, liege darin, dass „(e)igeninteressierte Menschen, einflussreiche und eigennützige Machtgruppen“ (ebd.) da sind.⁶² Mit „Schelten gegen Eigennutz, Kapitalistische Gewinnsucht u. dgl.“ lasse sich „das Problem, wie Einzelinteresse und Gesamtinteresse in Harmonie gebracht werden“⁶³ nicht lösen, und auch durch „sittliche Erziehung“ könne es zwar gelindert aber nicht aus der Welt geschafft werden.⁶⁴ Vielmehr werde es, so lautet Euckens Schlussfolgerung, „zur großen Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Kräfte, die aus dem Einzelinteresse entstehen, in solche Bahnen zu lenken, dass hierdurch das Gesamtinteresse gefördert wird, dass also eine sinnvolle Koordination der Einzelinteressen stattfindet“.⁶⁵

Mit „Koordinationsproblem“ schließlich ist hier Eucken Frage danach gemeint, wie „die Aufgabe einer Lenkung dieser so unendlich kompliziert gewordenen, modernen industriellen Welt“⁶⁶ gelöst werden kann, also für „arbeitsteilige Wirtschaften, in denen Millionen von Haushalten und Betrieben ineinandergreifend zusammenwirken“.⁶⁷ Das damit verbundene Problem der zweckmäßigen Koordination der unzähligen Einzeltätigkeiten ist, wie Eucken – in einer an Hayeks klassischen Aufsatz⁶⁸ erinnernden Weise – betont, ein Informations- oder Wissensproblem, das sich auch stellen würde, wenn das Motivationsproblem nicht bestünde, wenn also alle nur von dem Wunsch beseelt wären, für das gemeinsame Wohl aller zu wirken.

⁶² Eucken: „Wäre tatsächlich das Gebot der Nächstenliebe zur höchsten Macht auf Erden geworden und richteten sich die Menschen nach ihm, so würden sich alle wirtschaftsverfassungsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Fragen anders darstellen“ (Eucken, Walter 1940: „Wissenschaft im Stile Schmollers“, *Weltwirtschaftliches Archiv* 52, 468-506, hier S. 491). – „Erfolgreiches Wirtschaften ... kann nicht auf irgendwelchen weltfremden Vorstellungen von ... allgemeiner Selbstlosigkeit begründet werden. Zur richtigen Bestimmung der Wirtschaftsordnung müssen die Menschen genommen werden wie sie sind; die wirklich vorhandenen Kräfte müssen richtig eingesetzt und genützt werden“ (Walter Eucken, Constantin von Dietze, Adolf Lampe 1943: „Wirtschafts- und Sozialordnung“, Anhang 2 der Denkschrift 2 *Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit*, hrsg. von Gerhard Ritter, 1943, S. 755f.).

⁶³ Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 358.

⁶⁴ Ebd., S. 366, 368: „Üblich ist es, die Aufgabe, die mit der Spannung zwischen Einzelinteresse und Gesamtinteresse gegeben ist, ausschließlich als ein Problem der sittlichen Erziehung anzusehen. Man spricht von der Notwendigkeit, Eigennutz oder Gewinnstreben oder ‚kapitalistischen Geist‘ zu überwinden, und erhofft davon, dass nun alle Menschen dem Gesamtinteresse dienen. ... (D)as Problem der Spannung zwischen Einzelinteresse und Gesamtinteresse (kann) durch sittliche Erziehung erleichtert, aber nicht gelöst werden.“ – Im Kontrast zu Einschätzung des „kapitalistischen Geistes“, die Eucken in seinen Aufsätzen zur „geistigen Krise“ äußert, stellt er in den *Grundlagen der Nationalökonomie* fest: *Stets nämlich und überall suchen die Menschen in ihren wirtschaftlichen Plänen und damit in ihren Handlungen einen bestimmten Zweck mit einem möglichst geringen Aufwand an Werten zu erreichen.* Stets also folgen sie dem sog. ‚Wirtschaftlichen Prinzip‘.

Vielleicht Unkenntnis darüber, was ‚Wirtschaftliches Prinzip‘ heißt, vielleicht auch Unkenntnis der Geschichte und meist wohl beides zusammen hat zu der Meinung verführt, nach dem wirtschaftlichen Prinzip handle der Mensch nur in der sog. ‚kapitalistischen‘ Epoche (Eucken, *Grundlagen der Nationalökonomie*, op.cit., S. 211).

⁶⁵ Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 360.

⁶⁶ Ebd., S. 369.

⁶⁷ Ebd., S. 367.

⁶⁸ F.A. Hayek, *The Use of Knowledge in Society*, *American Economic Review* 35, 1945, S. 519-530.

Ohne eine Rahmenordnung, die ihnen die notwendige Anleitung bietet, wäre es für den Einzelnen unmöglich, zu erkennen, „wie er handeln soll, um dem Gemeinwohl zu dienen“ (ebd.).

Im Vorhergehenden wurde bereits erwähnt, dass Eucken in seinem *Tatwelt*-Aufsatz „Zur Kritik des Sozialismus“ gegen die Vorstellung zentraler Wirtschaftsplanung einwendet, das für die Bewältigung des Koordinationsproblems erforderliche Wissen könne auch unmöglich zentral gewonnen und verwertet werden. Diese Kritik vertieft er in seiner vergleichenden Bewertung der verschiedenen Wirtschaftspolitiken, mit denen seit der Industrialisierung das dreifache ordnungspolitische Problem angegangen worden ist.

6. Die Politik des Laissez Faire und die Wirtschaftspolitik der Experimente

Während es nur zwei grundsätzliche Möglichkeiten gibt, den Wirtschaftsprozess in der industriellen Welt zu steuern, nämlich zentrale Lenkung oder dezentrale, verkehrswirtschaftliche Lenkung,⁶⁹ gibt es, wie Eucken darlegt, eine Vielfalt real existierender Wirtschaftsordnungen, die durch unterschiedliche Verflechtungen der beiden Methoden gekennzeichnet sind.⁷⁰ Als für die Analyse zweckmäßige Klassifizierung der „Wirtschaftspolitik im bisherigen industriellen Zeitalter“⁷¹ betrachtet Eucken die Einteilung in zwei Epochen, „in die lange Epoche der ‚Politik des Laissez Faire‘ und in die folgende, kürzere Epoche der ‚wirtschaftlichen Experimente‘“.⁷² Die Epoche der wirtschaftspolitischen Experimente, die er mit dem Ersten Weltkrieg beginnen lässt und deren Charakteristikum er darin sieht, dass Wirtschaftsprozess und Wirtschaftsordnung „mehr und mehr vom Staate bestimmt oder reguliert oder beeinflusst“ werden, unterteilt er wiederum in mehrere Phasen.

⁶⁹ „Aber es zeigt sich, dass die Möglichkeiten, den Wirtschaftsprozess der industriellen Welt zureichend zu steuern, begrenzt sind. Es gibt Wirtschaftsordnungen, in denen zentrale Planstellen den Wirtschaftsprozess leiten, und solche, in denen Pläne und Entscheidungen vieler Betriebe und Haushalte für die Lenkung des Wirtschaftsprozesses maßgebend sind“.

⁷⁰ „(D)ie Wissenschaft kann zwei konstitutive Grundelemente finden: Nämlich Elemente der zentralgeleiteten Wirtschaft und der Verkehrswirtschaft. Diese Elemente hat sie herauszuheben, und so gewinnt sie die beiden Grundformen des Wirtschaftens. ... So wie unabsehbar viele Melodien aus wenigen Tönen entstehen, so bilden sich unabsehbar viele Wirtschaftsordnungen durch Verschmelzung einer überschaubaren Zahl reiner Formen“ (S. ...). Eucken, *Nationalökonomie Wozu?*, Düsseldorf und München: Helmut Küpper [1938] 1961, S. 59: „In Ländern, in denen sogen. ‚freie Wirtschaft‘ herrschte, waren die reinen Ordnungsformen der Verkehrswirtschaft dominierend verwirklicht, und zwar – besonders im zwanzigsten Jahrhundert – in wachsendem Umfang monopolistische, teilmonopolistische, oligopolistische und teiloligopolistische Marktformen. – In den Wirtschaftsordnungen des zweitgenannten Typs dominieren zwar zentralverwaltungswirtschaftliche Lenkungsmethoden; aber es gab und gibt in ihnen daneben noch andere ergänzende Formen: so der Eigenwirtschaft sowie der Verkehrswirtschaft in verschiedenartigen Marktformen.“

⁷¹ Eucken, *Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung*, op.cit., S. 2f.

⁷² Ebd., S. 3.

Im Falle Deutschlands hätten die Experimente von der Wirtschaftspolitik des Krieges und den Sozialisierungsgesetzen über Zwischenstadien zu der durch die große Krise von 1924-32 angestoßenen Vollbeschäftigungspolitik von 1933 und schließlich zur Wirtschaftspolitik zentraler Lenkung geführt, die nach 1936 begann und bis 1948 dauerte.⁷³ Erst mit der Währungsreform von 1948 habe ein „weiteres Experiment“ begonnen.

Wenn Eucken in dem von ihm gewählten Titel für seine Londoner Vorträge von „unserem Zeitalter der Misserfolge“ spricht, so drückt er mit dieser Bewertung die Schlussfolgerung aus, die nach seiner Einschätzung aus den Erfahrungen mit den in der Vergangenheit praktizierten Wirtschaftspolitiken gezogen werden müssen. Es sei ihnen nicht gelungen, das sich in der industrialisierten Wirtschaft stellende dreifache Ordnungsproblem zu lösen.⁷⁴

Was das Problem der wirtschaftlichen Macht anbelangt, so betrachtet Eucken die in Deutschland ebenso wie in anderen Ländern unternommenen Lösungsversuche als gescheitert:

Weder die Politik des Laissez-faire, noch eine Monopolkontrolle, noch die Bildung von Korporationen, noch Verstaatlichung, noch zentrale Lenkung des Wirtschaftsprozesses können das Problem der Macht bewältigen.

Die Politik des Laissez Faire habe zwar eine „außerordentliche Steigerung der Produktion und eine einzigartige Erhöhung des Lebensstandards der Massen“⁷⁵ gebracht, sie habe aber ebenfalls gewichtige Mängel aufzuweisen:

- „Die Freiheit wurde in der ‚freien‘ Wirtschaft auch dazu gebraucht, um Kartelle, Konzerne, Trusts und andere soziale Machtgruppen zu bilden“.⁷⁶
- „Diese Machtgruppen haben auch den internationalen Handel schwer beeinträchtigt“ (ebd.).
- „Gegenstück der Vermachtung war stets Vermassung. Der Einzelne wurde von dem anonymen Apparat der Großkonzerne, Trusts und sozialer Machtgruppen abhängig, wurde unfrei“.⁷⁷

⁷³ Eucken, Unser Zeitalter der Misserfolge, in diesem Band, S. 5; Eucken, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, op.cit., S. 7.

⁷⁴ Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, op.cit., S. 240: „Die zahlreichen und rasch wechselnden Wirtschaftsordnungen, die im Laufe dieses Zeitalters der Industrialisierung bisher bestanden, ... haben zu vielfältigen Störungen im Ablauf der Wirtschaftsprozesse, zu Machtballungen, Machtkämpfen und sozialen Spannungen geführt und haben die Vermassung beschleunigt.“

⁷⁵ Eucken, Nationalökonomie Wozu?, op.cit., S. 59.

⁷⁶ Ebd., S. 60.

⁷⁷ Ebd.

- „Die Gleichgewichtslosigkeit vieler Märkte, Krisen und Arbeitslosigkeit veranlassten den Staat in steigendem Maße, in die Wirtschaftsabläufe einzugreifen“.⁷⁸

Dem Gegenmodell zur „freien Wirtschaft“, der „totalzentralgeleiteten Wirtschaft“ lastet Eucken an, dass sich in ihr „die größte Zusammenballung wirtschaftlicher Macht vollzieht, die überhaupt möglich ist“,⁷⁹ konzentriert sich doch hier alle Macht „in der Zentralstelle, die ... die Handlungen aller Mitglieder des Gemeinwesens – die ihrerseits entmachtet und unfrei sind – lenkt“ (ebd.).⁸⁰ In Abstufungen stellt sich das Problem der Machtkonzentration aber ebenso in ständischen oder korporativen Ordnungen oder bei Verstaatlichung von Unternehmen, also überall dort, wo sich wirtschaftliche Macht mit öffentlicher Gewalt verbindet.⁸¹

Was für das Machtproblem gilt, trifft nach Eucken gleichermaßen auf das Problem der Vermittlung von Eigen- und Gesamtinteresse zu. Auch dieses Ordnungsproblem haben die Wirtschaftspolitiken der Vergangenheit nicht zu lösen vermocht. Die Politik des Laissez Faire sei zwar von der zutreffenden Annahme ausgegangen, dass der Wettbewerb mit „unsichtbarer Hand“ das Einzelinteresse in den Dienst zu stellen vermöge, sie habe aber nicht beachtet, dass die „unsichtbare Hand“ nicht ohne weiteres den Wettbewerb sicherzustellen vermag. Sie habe nicht beachtet, dass das Einzelinteresse, indem es sich „bei der Gestaltung der Marktposition in einem ‚Hang zur Monopolbildung‘ äußert, ... mit dem Gesamtinteresse in Widerspruch geraten“ kann.⁸²

Wie bereits erwähnt, hält Eucken dem sozialistischen Projekt zentraler Wirtschaftslenkung entgegen, mit seiner Unterstellung, die sozialistische Ordnung werde gewandelte, nicht mehr

⁷⁸ Ebd. – Eucken, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, op.cit., S. 6): „Sobald aber Machtgruppen vorhanden waren, machte sich ein *circulus vitiosus* geltend. Die Machtgruppen gewannen wirtschafts- und rechtspolitischen Einfluss. ... So glitt die Wirtschaftspolitik des Laissez Faire in eine Wirtschaftspolitik des Interventionismus hinein. Der Interventionismus ist eine Fortsetzung und Steigerung der Politik des Laissez Faire.“

⁷⁹ Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, op.cit., S. 198.

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ „Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass jede weitere Konzentration von Macht durch eine Politik der korporativen Ordnung ... oder der Verstaatlichung das Problem der ökonomischen Macht nicht löst. Macht bleibt Macht, von wem auch immer sie ausgeübt wird“. – Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 174: „Indem die beiden Sphären der Wirtschaft und des Staates sich vereinigen, tritt eine Konzentration ein, durch die das Problem der Macht erneut verstärkt wird.“ – S.a. Eucken, Das ordnungspolitische Problem, op.cit., S. 75.

⁸² Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 359. – Siehe auch ebd., S. 360: „Die ‚unsichtbare Hand‘ schafft nicht ohne weiteres Formen, in denen Einzelinteresse und Gesamtinteresse aufeinander abgestimmt werden.“ – Eucken, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, op.cit., S. 4f.: „Die Wirtschaftspolitik des Laissez Faire hatte ursprünglich auf der Überzeugung beruht, dass bei ihrer Geltung überall Konkurrenz entstehe. ... Nun aber zeigte sich folgendes: ... Anbieter und Nachfrager suchen stets – wo immer es möglich ist – Konkurrenz zu vermeiden und monopolistische Stellungen zu erwerben oder zu behaupten. Ein tiefer Trieb zur Beseitigung von Konkurrenz und Erwerbung einer Monopolstellung ist überall und stets lebendig.“

von Eigeninteresse beseelte Menschen hervorbringen, rechne es mit Menschen, „die es gar nicht gibt“. Folglich werde der Konflikt zwischen Eigeninteresse und Gesamtinteresse erst gar nicht als ein durch Ordnungsgestaltung zu lösendes Problem wahrgenommen. Die „neue Lehre von der Harmonie der Interessen bei zentraler Lenkung“ steht nach Eucken im deutlichen Kontrast zur in Zentralverwaltungswirtschaften beobachtbaren Praxis.⁸³ Diese zeige vielmehr, dass die Führungsschicht in der Zentralverwaltungswirtschaft über alle Voraussetzungen verfüge, „ihr Selbstinteresse, also ihren Machtwillen, rücksichtslos zur Geltung“ zu bringen.⁸⁴ Die Politik der Zentralverwaltungswirtschaft unterdrücke „das Selbstinteresse partiell, d.h. bei den Beherrschten – während es in der Führungsschicht umso mehr wuchern kann, weil sie über bedeutende Macht verfügt“.⁸⁵

Entsprechende Einwände gelten, wie Eucken betont, auch für korporative, ständische Ordnungen. Auch die Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch ‚Berufsstände‘ sei „nicht fähig, Selbstinteresse und Gemeinwohl in Übereinstimmung zu bringen“.⁸⁶ In solchen Korporationen, so stellt er fest, wird

nicht das Selbstinteresse der Individuen gedämpft, sondern der Gruppenegoismus neigt zur Wucherung, weil die Gruppen Macht besitzen. Dem Gemeinwohl zu dienen, liegt solchen Gruppen – auch wenn sie sich Stände nennen – ganz fern (ebd.).⁸⁷

Was schließlich das Koordinationsproblem anbelangt, so hat Eucken, wie erwähnt, in seinem 1925er Tatwelt-Aufsatz „Zur Kritik des Sozialismus“ die Kritik von Ludwig von Mises aufgenommen, dass die Leitung einer sozialistischen Planwirtschaft, da es keine im Wettbewerb gebildeten Preise gibt, „in der Lenkung der Produktion völlig im Dunkeln tappen“ müsse. In den „Strukturwandlungen“ hält er den Advokaten zentraler Wirtschaftssteuerung entgegen, von ihnen werde „die überwältigend schwierige Aufgabe der totalen oder teilweisen Zentralplanung in einer modernen arbeitsteiligen Volkswirtschaft“ unterschätzt und stillschweigend „ein allmächtiger und allwissender Staat als vorhanden angenommen – also ein Gebilde, das keinerlei Ähnlichkeit mit einem wirklichen Staat besitzt“.

⁸³ Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 361: „Diese weitverbreitete Meinung, dass die Zentralverwaltungsstellen das Gesamtinteresse vertreten ..., gehört zu den ideologischen Fundamenten aller Wirtschaftsordnungen unserer Zeit, die dem zentralverwaltungswirtschaftlichen Typus angehören.“

⁸⁴ Ebd., S. 362.

⁸⁵ Ebd., S. 363f.

⁸⁶ Eucken, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, op.cit., S. 21.

⁸⁷ Ebd. – Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 326: „Die Wettbewerbsordnung löst ein gesamtwirtschaftliches Problem; aber den Berufsständen liegen die unmittelbaren partiellen Gruppeninteressen näher.“

Aufgrund der Erfahrungen mit der 1936 einsetzenden zentralen Wirtschaftslenkung in Deutschland vertieft er diese Kritik in verschiedenen Beiträgen. Die Zentralverwaltungswirtschaft, so stellt er 1942 fest, könne zwar „die rasche Hinlenkung aller Kräfte auf *ein* Ziel ermöglichen“, sie scheitere aber bei der „Befriedigung zersplitterter, vielfältig wechselnder Bedürfnisse“⁸⁸ und eigne sich nicht zur „Abtastung der ungemein vielfältigen Nachfrage von Unternehmen und Konsumenten einer modernen Volkswirtschaft“.⁸⁹

Besonders detailliert geht Eucken auf die Mängel einer Zentralverwaltungswirtschaft in seinem 1944 erschienenen Beitrag „Die zeitliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses und der Aufbau der Wirtschaftsordnungen“ und in dem in diesen Band aufgenommenen Aufsatz „On the Theory of the Centrally Administered Economy“ von 1948 ein. Im 1944er Beitrag bemerkt er zur Frage der verwaltungsmäßigen Umsetzung zentraler Wirtschaftslenkung:

Dem Verwaltungsapparat fehlen ihm die Werkzeuge, um die Bedürfnisse der Menschen festzustellen, die zu versorgen sind. Er kann sie nur im Groben abschätzen. – Meist aber hat die Zentralverwaltung auch gar nicht die Absicht, sich an diese Bedürfnisse anzupassen. Ihr fehlt also nicht nur das *Werkzeug*, um die Bedürfnisse zu ermitteln, sondern vor allem auch der *Wille*, um ihre Wirtschaftspläne auf die vorhandenen Bedürfnisse auszurichten. Sie wird mit der Lenkung des Wirtschaftsprozesses meist gewissen zentralen, gesamtpolitischen oder militärischen Zwecken dienen ([1944] 1954: 282f.).⁹⁰

Während eine durch Wettbewerbspreise gesteuerte Wirtschaft darauf ausgerichtet sei, die von den Einzelpersonen oder Haushalten empfundene Knappheit zu beheben, so argumentiert Eucken in seinem *Economica* Artikel, sei der Konsument in der Zentralverwaltungswirtschaft entthront.⁹¹ Dort trete der Planungsfachmann an die Stelle des Unternehmers und damit verschwinde dessen Hauptfunktion, auf die Konsumentenwünsche zu reagieren und Möglichkeiten zu ihrer gewinnbringenden Befriedigung zu entdecken.

⁸⁸ Eucken, Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung, op.cit., S. 31.

⁸⁹ Ebd., S. 32. – „Grundsätzlich ist von der Nationalökonomie die Schwierigkeit der Wirtschaftsrechnung in der Zentralverwaltungswirtschaft schon längst erkannt und beschrieben worden. Jetzt erleben wir sie in concreto“ (ebd., S. 33).

⁹⁰ Eucken, Die zeitliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses und der Aufbau der Wirtschaftsordnungen, in: Eucken, *Kapitaltheoretische Untersuchungen*. 2. ergänzte Auflage. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) [1944] 1954. S. 263-323, hier S. 282f.

⁹¹ Wenn Eucken (Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, op.cit., S. 21) davon spricht, dass in der Wettbewerbswirtschaft „die Konsumenten den Prozess dirigieren“, so liegt der Vergleich zur bildhaften Formulierung von Franz Böhm nahe, in der Marktwirtschaft sitze „der Konsument als Organist am Manual der Wirtschaftsoegel“ (Franz Böhm, Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, in Franz Böhm, *Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft*, hg. von E.-J. Mestmäcker, Baden-Baden: Nomos 1980, 53-103, hier S. 90).

Auch in seinen Londoner Vorträgen spricht Eucken – auf seinen *Economica* Artikel verweisend – von der in Deutschland gemachten Erfahrung, die gezeigt habe, „dass die zentrale Planung nicht im Stande ist, in der Lenkung des Wirtschaftsprozesses das Kostenprinzip zu verwirklichen“.⁹² Wo aber Wettbewerbspreise als Wegweiser fehlen, fehle die Grundlage für „die – letztthin entscheidende – Konsumgüterversorgung“.

Bei all seiner Kritik an der Politik des Laissez Faire betont Eucken doch, dass sie mit ihrer Nutzung der „Lenkungsmechanik der Marktwirtschaft“ die Kräfte, die aus dem Eigeninteresse entstehen, mobilisiere und damit den Weg zu einer erfolgreichen Lösung des Koordinationsproblems weise.⁹³ Die Aufgabe einer Lenkung der komplexen modernen Wirtschaft sei

von einer solchen Größendimension, dass sie die dem Menschen gegebene Kraft an sich übersteigen würde, wenn es nicht zu seinem Glück so etwas gäbe, wie die Lenkungsmechanik der Marktwirtschaft, die dem Menschen wenigstens einen Teil der Aufgabe abnimmt.⁹⁴

Wenn Eucken kategorische erklärt, „Ein Zurück zum Laissez-faire kommt nicht in Frage“, wenn er von einem „dritten Weg“⁹⁵ spricht und eine „andersartige Form der Wirtschaftsordnung“⁹⁶ fordert, so ist offenkundig, dass es nicht um eine Alternative zur Marktwirtschaft gehen kann, sondern um eine *marktwirtschaftliche* Alternative zur „vermachteten ‚freien‘ Wirtschaft“,⁹⁷ Die *Politik der Wettbewerbsordnung*, wie er den neuen Stil der Wirtschaftspolitik nennt, der notwendig sei, „wenn wir aus der Epoche der Misserfolge herauskommen wollen“ charakterisiert Eucken mit den Worten:

Den spontanen Kräften der Menschen zur Entfaltung zu verhelfen und zugleich dafür zu sorgen, dass sie sich nicht gegen das Gesamtinteresse wenden, ist das Ziel, auf das sich die Politik der Wettbewerbsordnung richtet. ... Sie ist realistische genug, um die ungeheure Kraft des Egoismus und des Selbsterhaltungstriebes in Rechnung zu stellen,

⁹² „Zugleich zeigt die Kritik zentraler Planung, die sich nunmehr auf eine große Erfahrung aufstützt, dass die Zentralverwaltungswirtschaft keine zureichende Recheneinheit besitzt, keine exakte Kostenrechnung durchführen kann“ (S. ...).

⁹³ „Die Knebelung dieser Kräfte hat sich zu allen Zeiten ... als schädlich erwiesen. Es ist ebenso abwegig, diese Kräfte zu diffamieren, als sie zu loben. Es mach das echte Streben, anderen zu helfen, dabei wirksam sein oder es mag ‚Eigennutz‘ und reiner Egoismus sich betätigen. Auf jeden Fall sind hier die stärksten Kräfte gegeben, welche für die Denkenden und Handelnden notwendig sind, um die wirtschaftliche Knappheit, in welcher der Mensch lebt, zu überwinden“ (Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 360).

⁹⁴ Ebd., S. 369.

⁹⁵ Eucken, Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung, op.cit., S. 37.

⁹⁶ Ebd., S. 49.

⁹⁷ Eucken (1942: 49): „Die sogenannte ‚freie‘ Wirtschaft hat zwar zunächst die wirtschaftliche Entwicklung in raschem Tempo vorwärtsgetrieben, aber ... (eine) wirtschaftlich, politische und sozial unhaltbare Gruppenanarchie mit großen und unkontrollierten Machtballungen entstand. Dieser Wirtschaftsordnung wurde die Zentralverwaltungswirtschaft gegenübergestellt. ... Es kommt darauf an, dass das Pendeln zwischen vermachteter ‚freier‘ Wirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft aufhört und dass es gelingt, eine andersartige Form der Wirtschaftsordnung zu schaffen.“

aber sie weiß zugleich, dass andere Motive im Einzelinteresse der Haushalte und Betriebe ebenfalls zum Ausdruck kommen. Noch mehr; Sie ist der einzige Ordnungstyp, welcher die Kräfte des Egoismus bändigt.⁹⁸

7. Ordoliberalismus: Die Politik der Wettbewerbsordnung

Die Politik der Wettbewerbsordnung betont nicht weniger als die Politik des Laissez Faire das Freiheitsanliegen des klassischen Liberalismus. Euckens *Ordo*-Liberalismus setzt sich aber vom Laissez Faire Liberalismus dadurch ab, dass er die Notwendigkeit der aktiven Gestaltung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung betont:

Die Wettbewerbsordnung verwirklicht sich nicht von selbst. Sie ist in diesem Sinne keine natürliche Ordnung, keine *ordre naturel*. Es genügt nicht, gewisse Prinzipien des Rechts zu verwirklichen und im Übrigen die Entwicklung der Wirtschaftsordnung sich selbst zu überlassen ([1952] 1990: 373).⁹⁹

Im Gegensatz also zur Politik des Laissez Faire ist es die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik, in der industriellen Wirtschaft Bedingungen herzustellen, unter denen sich funktionsfähige und menschenwürdige Wirtschaftsordnungen entfalten können.¹⁰⁰

Nachdrücklich wendet Eucken sich gegen eine allzu vereinfachende Kritik des Laissez-Faire Liberalismus, die diesen mit dem Gedanken einer „staatsfreien Wirtschaft“ gleichsetzt. Habe der Staat doch gerade in der Epoche des Laissez Faire „ein strenges Eigentums-, Vertrags-, Gesellschafts-, Patentrecht usw. geschaffen“, an das sich die Wirtschaftsakteure zu halten hatten. Der Fehler der Politik des Laissez Faire müsse vielmehr darin gesehen werden, dass in ihrer Epoche zwar *Rechtsordnungen* und *Staatsordnungen* geschaffen wurden, dass aber „die *Wirtschaftsordnung* und ihre Gestaltung ... nicht als besondere staatliche Aufgabe angesehen“ worden sei (ebd.).¹⁰¹ Man sei von der Überzeugung ausgegangen, „dass sich bei Wahrung des

⁹⁸ Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 365.

⁹⁹ Ebd., S. 373. Eucken fügt hinzu: „Aber in einem anderen Sinne ist sie eine natürliche Ordnung oder *Ordo*. Sie bringt nämlich die starken Tendenzen zur Wirkung, die auch in der industriellen Wirtschaft zur vollständigen Konkurrenz drängen. Indem die Wirtschaftspolitik diese Tendenzen als Ordnungsformen wirksam macht, tut sie das, was der Natur der Sache und des Menschen entspricht“ (ebd.).

¹⁰⁰ Eucken, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, op.cit., S. 7. – „Die Wirtschaftspolitik der Wettbewerbsordnung zielt darauf, allen Märkten eine solche Ordnung zu geben, dass der gesamte Wirtschaftsprozess sinnvoll ineinandergreift“ (ebd., S. 22).

¹⁰¹ Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 54, 55: „Die jeweiligen Wirtschaftsordnungen sind nicht etwa den jeweils geltenden *Rechtsordnungen* gleichzusetzen. ... Zum Beispiel lässt sich aus der Feststellung, dass irgendwo rechtlich Privateigentum bestand, noch nichts Sicheres auf das Ordnungsgefüge der Wirtschaft schließen. Es wäre ganz abwegig, etwa aus dem Vorhandensein von Privateigentum zu folgern, dort werde vorwiegend ‚verkehrswirtschaftlich‘ gewirtschaftet. ... Seit dem Jahre 1900 bis heute besitzt Deutschland das gleiche Eigentumsrecht, nämlich das Eigentumsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches. Wieviele Wirtschaftsordnungen aber hat Deutschland aber bis zur Jahrhundertmitte durchlebt!“

Rechtsprinzips von selbst eine gute Wirtschaftsordnung aus den spontanen Kräften der Gesellschaft entwickeln würde“ (ebd.).

In ihrem Vertrauen darauf, „dass die ‚unsichtbare Hand‘ – von der Adam Smith sprach – eine gute Ordnung entstehen“ lasse,¹⁰² habe es die Politik des Laissez Faire versäumt, der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Wirtschaftsakteure die ihnen durch die Rechtsordnung gesicherte Vertragsfreiheit dazu nutzen können, durch Kartellvereinbarungen, Vorgabe von „allgemeinen Geschäftsbedingungen“, u.a. selbst gestaltend in den Regelrahmen einzugreifen, innerhalb dessen sich das Wirtschaftsgeschehen vollzieht. Sie überließ, wie Eucken es formuliert,

sowohl den Kampf um die Spielregeln, um das Rahmenwerk oder die Formen, in denen gewirtschaftet wurde, als auch den alltäglichen Kampf um Menge und Preis den Einzelnen. Sie ließ diesen Kampf um die Ordnungsformen frei – wenn er nur gewissen Prinzipien des Rechts entsprach.¹⁰³

So sehr Euckens Ordoliberalismus ebenso wie der Laissez-Faire Liberalismus die Bedeutung individueller Freiheit *im Rahmen gegebener Spielregeln* betont, der entscheidende Punkt, an dem er sich von diesem unterscheidet, liegt in dem Beharren darauf, dass die Festlegung der für alle verbindlichen Spielregeln eine *genuin staatliche* Aufgabe ist und nicht der Vereinbarung unter Privaten überlassen sein darf. Eucken geht es um die deutliche Trennung zwischen der Freiheit, die den Wirtschaftsakteuren *im Rahmen der Wirtschaftsordnung* eingeräumt werden soll, und der ihnen zu verwehrenden Freiheit zur eigenmächtigen Umgestaltung dieser Ordnung. In seinen Worten:

Aber es besteht nicht die Freiheit, die Spielregeln oder die Formen, in denen sich der Wirtschaftsprozess abwickelt, nach Willkür zu gestalten. Gerade hier hat die Ordnungspolitik ihr Feld.¹⁰⁴

Ordnungspolitik zielt darauf ab, eine Wirtschaftsverfassung durchzusetzen, die, wie Eucken es formuliert, die „wirtschaftspolitischen Einzelfragen – ob es sich nun um Fragen der Agrarpolitik, der Handelspolitik, der Kreditpolitik, Monopolpolitik, der Steuerpolitik, des Gesellschaftsrechts oder des Konkursrechts handelt“ – als Teilfragen der großen Frage

¹⁰² Eucken, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, op.cit., S. 6.

¹⁰³ Ebd. – „Wesentlich ist also, dass z.B. ein Industriebetrieb während dieser Zeit nicht nur seinen alltäglichen Wirtschaftsprozess, seine Käufe und Verkäufe frei und zu Preisen vornehmen konnte, die der Staat nicht bestimmte, sondern auch die Ordnungsformen mitbestimmen durfte, in denen er sich bewegte. ... Wirtschaftsprozess und Wirtschaftsordnung waren im Wesentlichen Privaten überlassen.“ (ebd.).

¹⁰⁴ Ebd., S. 22. Siehe auch ebd., S. 18: „Das Gesamtproblem der Lenkung der industriellen Wirtschaft hat am Anfang zu stehen: der große, alltägliche, unabsehbar zusammenhängende Wirtschaftsprozess und die gegenseitige Bedingtheit der Wirtschaftsordnung mit den Ordnungen des Staates, des Rechtes und der Gesellschaft. Diese ‚Ordnungspolitik‘ geht den Weg, der allein noch offen ist: Sie sucht die Formen des Wirtschaftens zu gestalten. Aber sie lässt in diesen Formen Planen und Handeln der Haushalte und Betriebe frei.“

behandelt, „wie die wirtschaftliche Gesamtordnung, und zwar die nationale und die internationale Ordnung und ihre Spielregeln zu gestalten sind“ ([1940] 1950: 240).¹⁰⁵ Dass die erfolgreiche Bearbeitung einer solchen Aufgabe die Zusammenarbeit von Ökonomen und Juristen erfordert, ist die Einsicht, die zur Bildung der Freiburger Schule führte, also dazu, wie Eucken rückblickend bemerkt, dass „Franz Böhm, Hans Großmann-Doerth und ich, also zwei Juristen und ein Nationalökonom, zusammentraten, um die gegenwärtigen Probleme der Wirtschaftsverfassung in Angriff zu nehmen“ (1938: 77). So stellen denn auch die drei Autoren in „Unsere Aufgabe“, der Einleitung zu der von ihnen herausgegebenen Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“, fest:

Die Wirtschaftsverfassung ist als eine politische Gesamtentscheidung über die Ordnung des nationalen Wirtschaftslebens zu verstehen. Nur die Ausrichtung an dieser Idee gibt die Handhabe, wirklich zuverlässige und schlüssige Grundsätze für die Auslegung vieler Teile des öffentlichen oder privaten Rechts zu gewinnen. ... Ebenso muss sich auch die Rechtspolitik bei der gesetzgeberischen Weiterentwicklung des Rechts stets die Grundgedanken der Wirtschaftsverfassung gegenwärtig halten.

Die Aufgabe aber, die Rechtsordnung als Wirtschaftsverfassung zu begreifen und zu formen, ist nur lösbar, wenn sich der Jurist der Ergebnisse wirtschaftswissenschaftlicher Forschung bedient (([1936] 2008: 36).¹⁰⁶

Euckens Konzept der Wirtschaftsordnungspolitik sieht eine wechselseitige Beschränkung der Domänen vor, die dem Staat als Spielregelsetzer und -durchsetzer bzw. den Wirtschaftsakteure als den „Spielern“ zugewiesen sind. So wie den Wirtschaftsakteuren die Freiheit der Wahl der „Spielzüge“ innerhalb des vorgegebenen Regelrahmens zusteht, ihnen aber eigenmächtige Umgestaltung der Regeln verwehrt sein soll, so soll sich der Staat darauf

¹⁰⁵ Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 240. – „Die wirtschaftspolitische Praxis vieler Länder wird heute von der *punktuellen* Behandlung der wirtschaftspolitischen Fragen beherrscht. Hier, im punktuellen Denken, liegt vielleicht die stärkste Kraft, die das wirtschaftspolitische Ordnungsproblem verdunkelt. ... Der Gesamtzusammenhang aller wirtschaftlichen Erscheinungen wird verkannt. Wahrungspolitik, Kartellpolitik, Handelspolitik, Handwerkspolitik usw. werden als Fachgebiete für sich angesehen, die auch für sich zu behandeln sind. Handelspolitik (Eucken, Das ordnungspolitische Problem, op.cit., S. 81).

¹⁰⁶ Franz Böhm, Walter Eucken, Hans Großmann-Doerth, Unsere Aufgabe, in: Franz Böhm, *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtschöpferische Leistung*, Stuttgart und Berlin: W. Kohlhammer 1937, S. VII-XXI, hier S. XIX. – Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, op.cit., S. 242:

„Die rechtspolitische Behandlung der Einzelprobleme erhält ihren Sinn, und die Koordination der einzelnen rechtspolitischen Maßnahmen gelingt, wenn die Rechtspolitik an den wirtschaftlichen Ordnungsgrundsätzen, deren Verwirklichung bejaht wird, ausgerichtet ist.

Da die Nationalökonomie heute daran arbeitet, brauchbare Ordnungsgrundsätze für den Aufbau von Leistungsfähigen Wirtschaftsverfassungen – international und einzelstaatlich – zu entwickeln und für alle Teile der Wirtschaftspolitik fruchtbar zu machen, können nunmehr nationalökonomisches Denken und Rechtsdenken ineinander greifen, - mag es sich um die Behandlung von Kartellen, um das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen, um Fragen der internationalen Währungsordnung oder um eine andere wirtschafts- und rechtspolitische Frage handeln.“

beschränken, „das institutionelle Rahmenwerk“¹⁰⁷ zu gestalten, nicht jedoch als „Mitspieler“ in den „Spielverlauf“, den Wirtschaftsprozess, eingreifen.¹⁰⁸

8. Wirtschaftsstaat, „starker Staat“ und Demokratie

Wenn Alexander Rüstow in seinem 1932er Aufsatz „Freie Wirtschaft – starker Staat“ feststellt, es sei eine allgemein geteilte „Einsicht, dass die gegenwärtige Krise zu einem erheblichen Teil durch Interventionismus und Subventionismus der öffentlichen Hand verursacht“ sei,¹⁰⁹ so stimmt er in der Diagnose mit Eucken überein, der in seinen im selben Jahr veröffentlichten „Strukturwandlungen“ den Wirtschaftsstaat für die „Krisis des Kapitalismus“ verantwortlich macht. Und wenn Rüstow im „Ausgreifen des Staates“ ein Zeichen der Schwäche, einer Unfähigkeit sich des „Ansturms des Interessenhaufens“ zu erwehren sieht,¹¹⁰ für deren Überwindung er einen „starken Staat“ fordert, der sich „aus der Verstrickung mit den Wirtschaftsinteressen“ löst,¹¹¹ so deckt sich diese Vorstellung mit Euckens Forderung nach einem Staat, der die Gefahren erkennt, die „ihm aus der Verflechtung mit der Wirtschaft entstanden sind“, und die Kraft finden muss, „sich wieder in irgendeiner Weise von der Wirtschaft zu distanzieren“. Auch wenn Eucken den Begriff des „starken Staates“ nicht selbst verwendet, so kann man doch damit sicherlich – wie dies in der Literatur häufig geschieht – den Staat beschreiben, den er bei der Frage im Auge hat: „Wie kann der moderne Staat zu einer Potenz werden, die eine brauchbare Wirtschaftsordnung verwirklicht?“¹¹²

Uwe Dathes Feststellung, Euckens 1932er Aufsatz gelte „sowohl als ein Gründungsdokument des Ordoliberalismus als auch als ein Plädoyer ... für einen starken anti-demokratischen und antiliberalen Staat“,¹¹³ weist auf die oben erwähnten kritischen Einwände hin, die einige Autoren gegen Euckens Vorstellungen von der Rolle und Natur des „starken Staates“

¹⁰⁷ Eucken, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, op.cit., S. 93.

¹⁰⁸ „Die Herstellung eines Rahmens, in dem der Wirtschaftsprozess alltäglich abläuft, sollte für die Wirtschafts- und Sozialpolitik das wesentliche sein, - nicht der Versuch, den alltäglichen Wirtschaftsprozess selbst durch zentrale Planung zu lenken“.

¹⁰⁹ Rüstow, Freie Wirtschaft – starker Staat, op.cit. S. 62.

¹¹⁰ Ebd., S. 66.

¹¹¹ Ebd., S. 68. – „Eben deshalb fordert die Durchführung dessen, was ich vorschlage - ... die Garantie fairer Konkurrenz mit gleichen Spielregeln für alle – einen starken Staat; einen Staat, der über den Gruppen, über den Interessenten steht, einen Staat, der sich aus der Verstrickung mit den Wirtschaftsinteressen, wenn er in sie hineingeraten ist, wieder herauslöst. Und gerade dieses Sich besinnen und Sich zurückziehen des Staates auf sich selber, diese Selbstbeschränkung als Grundlage der Selbstbehauptung ist Voraussetzung und Ausdruck seiner Unabhängigkeit und Stärke“ (ebd.).

¹¹² Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 325.

¹¹³ Dathes, Walter Eucken und der Staat, op.cit., S. 31.

vorgebracht haben. Auf diese Einwände soll in diesem Kapitel näher eingegangen werden, wobei im Einzelnen folgende Vorwürfe zu prüfen sind:

- Eucken vertrete eine „autoritären Liberalismus“,¹¹⁴ hänge „einem autoritären Staatsideal an“.¹¹⁵
- Er plädiere für „eine Privilegierung wie auch immer legitimierter ‚ethischer‘ Eliten“,¹¹⁶ lehne „die parlamentarische Demokratie als Staatsform“ ab¹¹⁷ und befürworte einen „von parlamentarischen Einflüssen befreiten Staat“.¹¹⁸
- Seiner Berufung auf das „Gesamtinteresse“ liege „ein ideologisches Konstrukt von Gemeinschaft“¹¹⁹ und seiner Rede von der „Selbständigkeit der Willensbildung des Staates“ eine „organizistische Staatsvorstellung“ zugrunde.¹²⁰
- Eucken gehe es „im Kern darum, ... die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates auf ein Minimum zurückzuführen“ (Ptak 2004: 38).¹²¹

Es ist zweckmäßig, die aufgeführten Vorwürfe in umgekehrter Reihenfolge – mit ihrer zunehmenden Gewichtigkeit – zu behandeln.¹²²

Was zunächst den Einwand anbelangt, Eucken fordere einen liberalen Minimalstaat, so kann dem die Antwort entgegeng gehalten werden, die Eucken selbst zum Abschluss seiner Londoner Vorlesungen auf diese Frage gibt:

¹¹⁴ Dieter Haselbach, Dieter 1991: *Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft – Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*, Baden-Baden: Nomos 1991.

¹¹⁵ Moritz Peter Haarmann, Moritz Peter 2015: *Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein, Walter Euckens Beitrag zur sozioökonomischen Bildung*, Wiesbaden: Springer VS. 2015, S. 239.

¹¹⁶ Ebd., S. 244.

¹¹⁷ Ebd.; S. 236.

¹¹⁸ Ralf Ptak, Ralf 2004: *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft – Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich 2004, S. 42.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Thomas Biebricher, *The Political Theory of Neoliberalism*, Stanford, CA: Stanford University Press 2018, S. 71f.: „Eucken demands that the state should not act according to the will of others but according to his own will ..., which suggests an organicist conception of the state as some kind of macrosubject endowed with a will of his own”.

¹²¹ Ptak, Vom Ordoliberalismus zur sozialen Marktwirtschaft, op.cit., S. 38.

¹²² Insbesondere von Ptak (ebd., S. 61ff.) ist der Vorwurf erhoben worden, dass die frühen Ordoliberalen sich mit ihrem „Verlangen nach dem ‚starken Staat‘“ (ebd.: 43) nicht nur „zu jenem politischen Konglomerat (gesellt hätten), das die Beseitigung des Weimarer Verfassungsstaates betrieb und damit den Nationalsozialisten als stärkster Kraft den Weg ebnete“ (ebd.), sondern dass auch „zwischen den Ordoliberalen und Teilen der nationalsozialistischen Administration eindeutig ein Bereich an inhaltlichen Gemeinsamkeiten“ (ebd.: 71) bestanden hätte. – Da es bei diesem Vorwurf eher um eine politische Verdächtigung als um eine systematische Auseinandersetzung mit dem ordoliberalen Forschungsprogramm geht, soll hier weiter darauf eingegangen werden. Zu einer Auseinandersetzung mit dem auch von anderen Autoren unternommenen Versuch, „Konvergenzen zwischen Walter Eucken und dem Nationalsozialismus zu konstruieren“ siehe Dathe, Walter Euckens Weg zum Liberalismus, op.cit. S. 54ff..

Ob wenig oder mehr Staatstätigkeit, diese Frage geht am Wesentlichen vorbei. Es handelt sich nicht um ein quantitatives, sondern um ein qualitatives Problem. So unerträglich es ist, die Gestaltung der Wirtschaftsordnung ... sich selbst zu überlassen, so unfähig ist der Staat den alltäglichen Wirtschaftsprozess dieser ungemein komplizierten arbeitsteiligen Wirtschaft zu führen. Welcher Art soll also die Staatstätigkeit sein? Die Antwort lautet: Der Staat hat die *Formen*, in denen gewirtschaftet wird, zu beeinflussen, aber er hat nicht den *Wirtschaftsprozess* selbst zu führen. ... Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein. Den Unterschied von Form und Prozess erkennen und danach handeln, das ist wesentlich.

Dem Einwand, Euckens Rede vom „Gesamtinteresse“ „Staatsinteresse“ oder der „Selbständigkeit der Willensbildung des Staates“ lasse auf ein „ideologisches Konstrukt von Gemeinschaft und ein „organizistisches Staatsverständnis schließen, ist entgegenzuhalten, dass der Kontext, in dem diese Formeln erscheinen durchaus eine andere Interpretation nahelegen. Gewiss spricht Eucken in den „Strukturwandlungen“ davon, dass ein *Wirtschaftsstaat*, der auf „die Forderungen der Machtgruppen, von denen er abhängig ist“ (S. ...) zu reagieren bemüht ist, nur selten imstande sei, „das reine Staatsinteresse zur Geltung zu bringen“ (ebd.), oder davon, dass „durch die enge Verflechtung mit der Wirtschaft die Selbständigkeit der Willensbildung des Staates unterhöhlt wird“. Man darf jedoch vermuten, dass es ihm darum geht, einer partikularen Gruppeninteressen bedienenden Politik ein Staatshandeln entgegenzusetzen, das in der Lage ist, die – von den Sonderinteressen diverser Gruppen zu unterscheidenden – Gemeininteressen durchzusetzen, also, was Euckens als „Gesamtinteresse“ oder „Gemeinwohl“ bezeichnet. Dass es ihm dabei nicht darum geht, von den Einzelnen eine Unterordnung ihrer eigenen Interessen unter ein „ideologisches Konstrukt“ zu fordern, sondern darum, durch geeignete Spielregeln die eigeninteressierten Bestrebungen in sozial produktive Bahnen zu lenken, sollte offenkundig sein, sieht er doch gerade darin eine zentrale ordnungspolitische Aufgabe.¹²³

Darüber, was im konkreten Fall als dem Gesamtinteresse oder dem Gemeinwohl dienlich gelten soll, muss im politischen Prozess eine Verständigung oder Klärung gesucht werden. Der Vorwurf des *Elitismus* unterstellt Eucken, er wünsche sich „einen von ethisch erhabenen, informierten und gemeinwohlorientierten Eliten regierten Staat“ (Haarmann 2915: 239),¹²⁴ er

¹²³ Ein eigener Abschnitt in den Grundsätzen der Wirtschaftspolitik (S. 366-368) ist dem Thema „Die Koordination von Einzelinteresse und Gesamtinteresse als ordnungspolitische Aufgabe“ gewidmet.

¹²⁴ Haarmann, *Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein*, op.cit., S. 239. – Mit Bezug auf Euckens Antrittsvorlesung zu Saint-Simon mein Haarmann (ebd., S. 207), die während der Weimarer Republik publizierten Arbeiten Euckens würden dokumentieren, „dass er damals selbst dem von ihm Saint-Simon zugeschriebenen Ideal einer durch akademische Eliten geführten Gesellschaft anhing.“ – Auch Dathe (2009: 77f.) schreibt Eucken für diese Zeit das „Modell einer demokratisch nur schwach rückgekoppelten Herrschaft von Leistungseliten“ zu.

strebe „für den Ordoliberalismus in der ‚scientific community‘ der Ökonomen nach Hegemonie“;¹²⁵ und er betrachte „eine Schar ‚unabhängiger Experten‘ als Definitionsmacht des ‚reinen Staatsinteresses““.¹²⁶ Heinz Grosseketler etwa geht jedoch davon aus, dass sich Euckens Äußerungen zur politischen Rolle von (Ordnungs-) Ökonomen als „Experten“ durchaus in einem anderen Sinne interpretieren lassen. Er argumentiert, Eucken weise „der Wissenschaft eine aufklärerische Rolle“ zu, ihm gehe es um – den Ideologien von Interessengruppen entgegenwirkende – „Aufklärung über ökonomische Zusammenhänge“.¹²⁷ Eine solche Interpretation legt Eucken selbst mit seinen Argumenten zur Aufgabe nahe, die er der Wissenschaft als „ordnende Potenz“ zuschreibt.¹²⁸ Er stellt dabei auf den Beitrag ab, den die Wissenschaft dadurch leisten kann, dass sie „sachnotwendige Zusammenhänge“ aufzeigt, „die der Handelnde beachten sollte“ (ebd.: 342),¹²⁹ und betont „die Möglichkeit, durch geistige Arbeit und durch ihren Einfluss Ordnungen in Staat und Wirtschaft zu gestalten“ (ebd.: 339).¹³⁰ Die Formel vom „Einfluss durch geistige Arbeit“ klingt weniger danach, Eucken wolle für seine Ordnungstheorie „Definitionsmacht des ‚reinen Staatsinteresses““ beanspruchen,¹³¹ als danach, ihr die Aufgabe zuzuweisen, im gesellschaftlich-politischen

¹²⁵ Ptak, Vom Ordoliberalismus zur sozialen Marktwirtschaft, op.cit., S. 43.

¹²⁶ Ebd. – Ähnlich hat Kirchgässner vermeintliche Ansprüche der „traditionellen Ordnungstheorie“ mit der Frage kommentiert: „Gibt es hier ein überlegenes Wissen, welches dem Ordnungstheoretiker zur Verfügung steht und welches ihn befähigt, zu entscheiden, was für die Menschen gut ist und was für sie schlecht ist?“ (Gebhard Kirchgässner, Gebhard 1988, „Wirtschaftspolitik und Politiksystem: Zur Kritik der traditionellen Ordnungstheorie aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie“, in: Dieter Cassel u.a. (Hg.), *Ordnungspolitik*, München: Franz Vahlen, S. 53-75, hier S. 54).

¹²⁷ Heinz Grosseketler, „Ordnungspolitik im Spiegel der Beiträge dieses Bandes“, in: I. Pies und M. Leschke (Hg.), *Walter Euckens Ordnungspolitik*, Tübingen: Mohr Siebeck 2002, 231-256, hier S. 24ff. – In seinem Beitrag „Historismus und Nationalökonomie“ (Schmollers Jahrbuch 62, 1938, S. 191-214, hier S. 68) spricht Eucken davon, dass sich die Nationalökonomie „in dauerndem Kampfe gegen die wirklich seinsgebundenen Meinungen wirtschaftlicher Machtgruppen durchsetzen muss.“

¹²⁸ Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 338ff.)

¹²⁹ Ebd., S. 342. – Eucken, Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung, op.cit., S. 48f., Fn. 3: „Der Formenreichtum der industrialisierten Wirtschaft ist zu groß und die Zusammenhänge des modernen Wirtschaftsprozesses sind zu kompliziert, als dass sie der gesunde Menschenverstand allein erfassen könnte. Nunmehr muss zu den Ergebnissen nationalökonomischer Forschung gegriffen werden, um die wirtschaftliche Welt, die geordnet werden soll, in ihrem Aufbau und in ihren Zusammenhängen zu erkennen.“

¹³⁰ Als Beispiel führt Eucken die „Rechtspolitik im 17. und 18. Jhd.“ an: „Gegenüber den dauernden Willkürakten der Fürsten, der Stände und ihrer Organe verlangten damalige Rechtsdenker von den scholastischen Naturrechtslehrern bis zu Kant die Realisierung des Rechts. ... Gesellschaftliche und politische Institutionen standen zunächst nicht zur Verfügung. Aber auf die Dauer wurde der Einfluss des rechtsstaatlichen Denkens so stark, dass es die staatliche und positiv-rechtliche Realität gestaltete“ (Grundsätze der Wirtschaftspolitik, op.cit., S. 339f.).

¹³¹ Haarmann (Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein, op.cit., S. 237) meint zu Euckens Staatsideal: „Tonangebend sollen offensichtlich wohlwollende Eliten sein, die sich auf der Ebene der Regelung des wirtschaftlichen Zusammenlebens an den Empfehlungen (liberaler) Ökonomen ausrichten. Hier schließt sich der Kreis zu Euckens Ablehnung der Demokratie, die er ... vor allem aus der Ablehnung des durch wirtschaftliche Interessengruppen okkupierten ‚Wirtschaftsstaates‘ entwickelt“.

Diskurs um die Definition des Gesamtinteresses oder Staatsinteresses eine aufklärerische Rolle zu spielen.

Um den Vorwurf, Eucken denke „auf der Ebene der Staatsform autoritär“,¹³² seine Ordnungsidee sei „unvereinbar mit der Idee eines demokratischen Rechtsstaates“,¹³³ zu belegen, wird gerne auf die von Eucken wiederholt geäußerte deutliche Demokratiekritik verwiesen. In den „Strukturwandlungen“ etwa spricht er von der „Entfesselung dämonischer Gewalten in den Völkern“, die „die Demokratisierung der Welt“ mit sich gebracht habe,¹³⁴ und davon, dass „mit der Demokratisierung der Welt die Völker und ihre Leidenschaften, die Interessengruppen und chaotischen Kräfte der Massen“ maßgebenden Einfluss auf die Politik gewonnen hätten.¹³⁵ Man liest dort, es seien letzten Endes „die Massen, unter deren wachsendem Druck ... der Wirtschaftsstaat geschaffen“ worden sei, und von der „Zerstörung des liberalen Staates, die ebenfalls hauptsächlich von den Massen erzwungen wurde und wird“.¹³⁶

Um die offensichtliche Demokratiekritik, die in den wiedergegebenen Zitaten zum Ausdruck kommt, angemessen einschätzen zu können, ist zunächst einiges zur Klärung des Begriffsgebrauchs zu sagen. Eucken geht nicht näher darauf ein, welches Verständnis von „Demokratie“ er bei seiner Kritik zugrunde legt. Wenn er, worauf Uwe Dathe verweist,¹³⁷ an einigen wenigen Stellen Demokratisierung mit der Idee der Identität von Volk und Staat in

¹³² Ebd., S. 244.

¹³³ Ebd., S. 236. – Haselbach (Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft, op.cit., S. 55): „Eucken ... postuliert, dass der ‚starke Staat‘ von Einsicht und Vernunft getragen sein soll. Da aber diese Vernunft sich im lauten Getöse der ‚Demokratisierung‘ nicht durchsetzen kann, muss sie sich als Macht der Gesellschaft aufzwingen; wo vernünftige Einsicht nicht herzustellen ist, bedarf es der Zwangsgewalt durch die Vernünftigen.“

¹³⁴ In „Nochmals Grundsätzliches zur Kriegsschuldfrage“ heißt es: „Mit der Demokratisierung der Welt ... wurde die Politik – wie Jakob Burckhardt sagte – ‚auf die inneren Gärungen der Völker gegründet‘.“

¹³⁵ „Hauptsächlich aber gewährt die ... *Demokratisierung* den Parteien und den von ihnen organisierten Massen und Interessengruppen einen stark gesteigerten Einfluss auf die Leitung des Staates und damit auf die Wirtschaftspolitik.“

¹³⁶ In „Religion – Wirtschaft – Staat“ heißt es: „(J)e mehr die Massen an politischer Macht gewinnen, umso nachdrücklicher greift er (der Staat, V.V.) unter deren Druck besonders in das wirtschaftliche Geschehen ein“. – In den „Strukturwandlungen“ schreibt Eucken: „Wie die innere Struktur der Staaten in erster Linie unter dem Druck der Massen umgestaltet wurde und so der heutige Wirtschaftsstaat entstand, ist auch das überkommene Staatensystem gerade infolge des wachsenden Einflusses der Massen zerstört worden, die kein neues an seine Stelle zu setzen vermochten.“

¹³⁷ Dathe (2009: 77): „Wie so viele seiner Zeitgenossen kennt Eucken nur das Identitätskonzept der Demokratie, aber anders als viele erkennt er aufs Genaueste dessen Gefahren – nämlich die Aufhebung der individuellen Persönlichkeit in einer gemeinschaftlichen Masse und die Tendenz zum Umschlagen der Identität von Regierenden und Regierten in die von Führer und Volksgemeinschaft.“ – Mit Verweis auf Dathes Interpretation urteilt Hacke (*Existenzkrise der Demokratie – Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit*, Berlin: Suhrkamp 2018, S. 349) über Eucken: „Er war zwar *Vernunftrepublikaner*, aber kein Demokrat, auch weil ... Demokratie für ihn lediglich in der rousseauistisch-identitären Variante denkbar war nicht jedoch parlamentarisch repräsentativ.“

Verbindung bringt¹³⁸ und feststellt, „der Idee nach wollte die Demokratie Volk und Staat zu identischen Größen machen“, so ist dies wohl eher als Verweise auf einen vorfindbaren Begriffsgebrauch zu deuten, als dass es unmittelbare Rückschlüsse auf Euckens eigenes Demokratieverständnis erlauben würde.

Wenn es um Fragen des Demokratieverständnisses geht, trägt es zur Vermeidung unnötiger Kontroversen bei, wenn man die Unterscheidung zwischen zwei Definitionsvarianten beachtet, zwischen Definitionen, die auf die Legitimationsgrundlage abstellen, auf die sich politische Autorität in demokratischen Gemeinwesen stützen muss, und Definitionen, die auf bestimmte institutionelle Formen abstellen, in denen demokratische Politik ausgeübt wird. Bei demokratiekritischen Äußerungen ist entsprechend die Unterscheidung zwischen zwei Varianten der Kritik zu beachten, nämlich erstens solchen, die sich gegen das demokratische Legitimationsprinzip wenden – also dass politische Autorität ihre Legitimation auf den Willen der Bürger gründen muss – und sich für andere Legitimationsprinzipien aussprechen, und zweitens solchen, die – unter Anerkennung des demokratischen Legitimationsprinzips – bestimmte institutionelle Konkretisierungen demokratischer Politik kritisieren. Im Hinblick auf Euckens Demokratiekritik wäre demnach zu fragen, ob man sie unter die erstgenannte Variante subsumieren muss, ob in ihr also, wie Haarmann (2015: 238) urteilt, eine „Fundamentalkritik an dieser Staatsform“ zum Ausdruck kommt, oder ob es nicht, wie im Folgenden argumentiert werden soll, weit eher Gründe gibt, sie der zweiten Variante zuzurechnen.¹³⁹

Nun hat Eucken sich zwar nicht, wie Ptak (2004: 43) moniert, zu der Frage geäußert, wie sich der von ihm „geforderte ‚starke Staat‘ legitimieren sollte“, aber es findet sich, wie Hacke entgegenhält, auch „kein hinreichender Beleg für eine prinzipielle Demokratiefeindschaft“.¹⁴⁰ So betont Hacke, dass man bei der Beurteilung von Euckens Demokratiekritik die

¹³⁸ „Erst die Demokratisierung der Welt, die mit der Epoche der französischen Revolution anhebt, bringt einen grundsätzlichen Wandel und eine viel engere Verknüpfung von Volk und Staat oder – wenn man so will – der Idee nach die Identität von beiden“. – Eucken (Nationalökonomie Wozu?, op.cit., S. 45): „Die Verbindung von Volk und Staat, die sich seit der französischen Revolution anbahnte, wurde in den letzten Jahrzehnten so eng, dass der Staat sich für den wirtschaftlichen Alltag des Einzelnen verantwortlich fühlt“.

¹³⁹ Als Indikator einer „Fundamentalkritik“ mag man allenfalls folgende Bemerkung werten können, die sich in einem Brief Euckens an Alexander Rüstow findet: „Alle Demokratien treiben unsystematische Schutzzollpolitik. Durchführung des Freihandels erfordert Sinn für systematische Wirtschaftspolitik, aber dieser Sinn für Systematik – in allen Bereichen der Politik fehlt den Demokratien schlechthin. ... In diese jämmerliche Schutzpolitik gleiten wir jetzt herein und wir werden sie so lange haben, wie wir Demokratien haben, was sicher mehrere Jahrzehnte noch der Fall sein wird“ (Brief vom 21. 3. 1930, Briefe Bd. 1).

¹⁴⁰ Hacke, Existenzkrise der Demokratie, op.cit., S. 347. – Als Fußnote vermerkt Hacke: „Zu dieser simplifizierenden Identifikation neigt Ptak“ (ebd.).

„Krisenerfahrung der Weimarer Republik“ in Rechnung stellen muss.¹⁴¹ Wenn Eucken einen Staat fordert, der „die Kraft findet, sich von dem Einfluss der Massen frei zu machen und sich wider in irgendeiner Form von der Wirtschaft zu distanzieren“, so muss damit keineswegs ein Staat gemeint sein, der von der ein demokratisches Gemeinwesen charakterisierenden Legitimationsgrundlage entbunden ist. Dies wird etwa mit der Behauptung unterstellt, Euckens Staatsideal halte „den Bürgerinnen und Bürgern das Grundrecht der Partizipation am Rechtsstaat“ vor und beinhalte eine „breite Exklusion politischer Mitbestimmung“.¹⁴² Euckens Kritik an einer „Politisierung der Wirtschaft“ und daran, dass „staatliche Wirtschaftspolitik und Vertretung von Unternehmerinteressen ... zu festgefügter Einheit“ verschmelzen, muss keineswegs auf die Forderung hinauslaufen, der „starke Staat“ solle „unabhängig von gesellschaftlichen Einflüssen“ sein.“¹⁴³ Diesen Forderungen kann durchaus durch eine institutionell-organisatorische Ausgestaltung demokratischer Politik Rechnung getragen werden, die – bei Beibehaltung des demokratischen Legitimationsprinzips – darauf abzielt, die Chancen dafür zu verbessern, dass die von den Bürgern geteilten Interessen zur Geltung kommen, und die Gefahr einzudämmen, dass Interessengruppen ihre Sonderanliegen auf Kosten anderer Mitglieder des Gemeinwesen durchsetzen können.¹⁴⁴

Auf die Möglichkeit einer solchen Lesart der „Kritik, die Eucken dem Korporatismus der ‚Weimarer Republik‘ entgegenbringt“, weist auch Haarmann hin, wenn er die Parallele zu Hans-Ulrich Wehlers Diagnose hervorhebt, der „von ‚machttechnischen Arrangements‘ zwischen Privatwirtschaft und Staat“ und davon spricht, dass im Ergebnis „*ein kleines*

¹⁴¹ Ebd., S. 347. – Biebricher (The Political Theory of Neoliberalism, op.cit., S. 70) bemerkt zum historischen Kontext von Euckens Forderung nach einem ‚starken Staat‘: „This is, of course, the Weimar Republic on the eve of its descent into chaos and, subsequently, Nazi totalitarianism.“ – Auch Haarmann (Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein, op.cit., S. 238) räumt ein, dass „vor dem Hintergrund der Mängel der ‚Weimarer Republik‘ als ‚wehrlose‘ Demokratie ... Euckens Skepsis gegenüber der öffentlichen Meinungsbildung teilweise auch sehr weitsichtig“ erscheine, meint aber dennoch: „Weil Eucken die Demokratie bar jedweder positiver Demokratieerfahrung nur auf der Folie ihrer Probleme in der ‚Weimarer Republik‘ beurteilt, hängt Eucken in Ermanglung einer ‚liberalen‘ Alternative einem autoritären Staatsideal an.“ – Dathe (Walter Eucken und der Staat, op.cit., S. 28) schreibt zu Euckens Kritik an der Weimarer Republik: „(E)r steht den Erscheinungen der Proporzdemokratie äußerst kritisch gegenüber: Ihre Verteidiger bezwecken die Bedienung sich widersprechender sozialer und wirtschaftlicher Interessen, so dass jede konsequente Wirtschaftspolitik unmöglich werde. Da fast alle im Reichstag vertretenen Parteien stark in Verteilungskonflikte involviert sind, krankte das System daran, dass es versuchte alle Interessen zufriedenzustellen. Das Weimarer System ermöglichte es so, dass die ‚versäulten‘ Gruppen auf diese Weise für ihre jeweiligen Zwecke den Staat ausnutzten.“

¹⁴² Haarmann, Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein, op.cit., S. 244.

¹⁴³ Biebricher (The Political Theory of Neoliberalism, op.cit., S. 72). – Hacke (Existenzkrise der Demokratie, op.cit., S. 365): „Die Schwächer einer Konzeption, die sich die ordnende Kraft eines starken Staates einsetzte, lag dementsprechend in der mangelnden Rückkopplung dieses Staates an gesellschaftliche und politische Prozesse.“

¹⁴⁴ Zu Euckens Demokratieverständnis siehe auch Daniel Nientiedt und Ekkehard Köhler, E., Liberalism and Democracy – A Comparative Reading of Eucken and Hayek, *Cambridge Journal of Economics* 40, 2016, S. 1743-1760.

Machtkartell von Verbandsfunktionären, Ministerialbürokraten und Berufspolitikern ... im Stile einer Privatregierung folgenreiche, da für das gesamte Gemeinwesen bindende Entscheidungen“ habe treffen können.¹⁴⁵ Statt jedoch die Möglichkeit zu erwägen, dass Euckens Kritik bestimmten Mängeln der existierenden demokratischen Institutionen gilt und nicht auf eine Ablehnung des demokratischen Legitimationsprinzips an sich hinauslaufen muss, kommt Haarmann zu dem Schluss:

Während diese Analyse aber heute in das Urteil mündet, dass eine derartige Ordnungspolitik demokratisch mangelhaft legitimiert ist ..., interpretiert Eucken sie als Beleg dafür, dass Ordnungspolitik unter der Voraussetzung eines demokratischen Souverän nicht am Gemeinwohl orientiert werden kann. Mit dieser Verwechslung eines Demokratiedefizits mit einem Demokratiemerkmale ... und seiner auf einer entsprechenden Schlussfolgerung gründenden Fundamentalkritik an dieser Staatsform erscheint Walter Eucken als typisches Kind seiner Zeit.¹⁴⁶

Auch aus Euckens Rede von einem Staat, der „die Kraft findet, sich von dem Einfluss der Massen frei zu machen“, muss man nicht zwangsläufig auf ein Staatsideal schließen, „in dem die Vorstellung von einem eigenständigen politischen Denken und Handeln der Bevölkerungsmehrheit keinen Platz“ hat.¹⁴⁷ Eine solche Formulierung ist durchaus mit einem Politikverständnis vereinbar, für das die Bürger die letztendliche Legitimationsquelle politischer Handlungsmacht sind, das den politischen Prozess aber Regeln unterwerfen will, die einem nüchtern-abwägenden Politikstil förderlich sind und die Erfolgchancen emotional aufgeheizter, populistischer Agitation begrenzen.¹⁴⁸

9. Ausblick: Die Ordnung des Staates

Eine Auseinandersetzung darüber, welches staatliche Ordnungsmodell Eucken bei seinen Überlegungen zur Rolle eines ‚starken Staates‘ vor Augen hatte, kann sich nur auf seine Schriften und sonstige, in vorfindbaren Quellen dokumentierte Äußerungen stützen. Und es kann dabei sinnvollerweise nicht um den Austausch von Spekulationen darüber gehen, was Eucken „wirklich gemeint hat“, sondern nur darum, mögliche alternative Interpretationen seiner Äußerungen im Lichte des jeweiligen Kontextes und seines Gesamtwerks gegeneinander abzuwägen. Für die im vorangehenden Kapitel unternommen

¹⁴⁵ Haarmann, *Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein*, op.cit., S. 237).

¹⁴⁶ Ebd., S. 238.

¹⁴⁷ Ptak, *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft*, op.cit., S. 39. Laut Ptak steht der „Begriff ‚Masse‘ ... bei den Ordoliberalen als Synonym für eine nicht gebildete, unzivilisierte, an primitiven Urinstinkten orientierte Bevölkerungsmehrheit“ (ebd.: 38)

¹⁴⁸ Zu Euckens Verwendung des Begriffs „Masse“ siehe Dathe, *Walter Euckens Weg zum Liberalismus*, op.cit., S. 68f., 76ff.

Auseinandersetzung mit den Einwänden, die gegen Euckens Konzeption eines ‚starken Staates‘ erhoben werden, soll denn auch nicht der Anspruch erhoben werden, damit deren endgültige Widerlegung geleistet zu haben. Damit soll allein deutlich gemacht werden, dass andere als die von den Kritikern unterstellten Deutungen der umstrittenen Äußerungen begründbar sind. Wichtiger als die unter *ideengeschichtlichen* Gesichtspunkten interessierende Frage, welche der möglichen Interpretationen für den Zeitpunkt ihrer Entstehung eher angemessen erscheint, ist die *theoriesystematische* Frage, welches Ordnungsmodell für den Staat mit Euckens ordoliberalen Forschungsprogramm kompatibel ist, und ob diesem Ordnungsmodell die autoritären und anti-demokratischen Züge anhaften müssen, die Euckens ‚starkem Staat‘ unterstellt werden.

Was nun diese Frage anbelangt, so geht Eucken bei den staatstheoretischen Überlegungen, die er in seinem 1948er Aufsatz „Das ordnungspolitische Problem“ darlegt, ausdrücklich von einer parlamentarischen Demokratie aus und fragt, welche Auswirkungen es auf die politische Ordnung hat, wenn „die Lenkung des alltäglichen Produktionsprozesses ... mehr und mehr in die Hand monopolistischer oder teilmonopolistischer Machtgruppen übergeht“. ¹⁴⁹ Seine Diagnose lautet:

Hiermit verwandelt auch die Demokratie langsam ihren Charakter. Zwar machten sich schon früher, also in Zeiten, in denen Konkurrenzmärkte bestanden, wirtschaftliche Interessen im Parlament geltend. Die Rücksicht auf die Stimmung der Wähler – z.B. der Landwirte – beeinflusste bereits damals die Haltung vieler Parlamentarier. Aber nunmehr über die wirtschaftlichen Machtgruppen der genannten Monopole einen weit stärkeren politischen Einfluss aus. Die neu gebildete wirtschaftliche Macht äußert sich auch politische. Denn die Machtgruppen treiben auch politische Strategie. Zwar bleibt die geschriebene Verfassung des Landes unverändert; aber kraft dieser Umbildung der Wirtschaftsordnung verändert sich die Willensbildung des Staates. Sie verschiebt sich in Richtung auf die neuen wirtschaftlichen Machtkörper. ... Es hat wenig Sinn, in der modernen Welt Staatsverfassungen zu konstruieren ohne Rücksicht auf die Wirtschaftsordnung, die realisiert ist. Oder sogar – was nicht selten geschieht – den Versuch zu machen, unvereinbare Arten der Staatsverfassung und der Wirtschaftsordnung in der gleichen Verfassung festzulegen. ¹⁵⁰

Das für Euckens ordoliberales Forschungsprogramm zentrale Problem der *Kontrolle von Macht* ist, nach dessen Logik, ein *Verfassungsproblem*, das in wechselseitig kompatibler Form sowohl auf der Ebene der *Wirtschaftsverfassung* wie auf der Ebene der *Staatsverfassung* angegangen werden muss. Es geht dabei darum, im Rahmen dieses Forschungsprogramms sowohl die Frage einer freiheitsichernden Wirtschaftsverfassung wie auch die „ordnungspolitische Frage“ danach anzugehen, wie „ein leistungsfähiger Rechtsstaat

¹⁴⁹ Eucken, Das ordnungspolitische Problem, op.cit., S. 68f.

¹⁵⁰ Ebd., S. 69.

aufgebaut werden“ kann.¹⁵¹ Und beide Fragen müssen, wie Eucken betont, in ihrer wechselseitigen Verflechtung gesehen werden, „weil ohne die ordnende Potenz des Staates eine zureichende Wirtschaftsordnung nicht aufgebaut werden kann und weil umgekehrt eine neue Staatsbildung im Zusammenhang mit dem Aufbau der Wirtschaftsordnung steht“.¹⁵²

In einem dem Thema „Der Staat“ gewidmeten Teil seiner posthum veröffentlichten *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* betont Eucken ausdrücklich, dass „der Aufbau des Staates abermals von Grund auf ordnungspolitischen Durchdenkens“ bedürfe,¹⁵³ fügt allerdings hinzu, „dieses Problem als Ganzes“ gehe über den Rahmen seiner Schrift hinaus.¹⁵⁴ Sein früher Tod ließ Eucken nicht dazu kommen, diese Aufgabe selbst in Angriff zu nehmen, und so bleibt sie denjenigen überlassen, die die von ihm begründete Forschungstradition weiterführen. Nicht zuletzt durch die Verknüpfung der Freiburger Tradition mit der Verfassungsökonomik von James M. Buchanan ist diese Aufgabe - die Beschäftigung mit Fragen der politischen Ordnung und dem Verhältnis von liberaler Wirtschaftsordnung und demokratischer Staatsverfassung – zu einem integralen Bestandteil des ordoliberalen Forschungsprogramms geworden.¹⁵⁵

¹⁵¹ Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, op.cit., S. 331. – „Es ist das feierliche Grundprinzip des Rechtsstaates, dass die Freiheit und die Rechtssphäre des einzelnen Bürgers nach zwei Seiten hin gesichert wird: Gegen die Bedrohung durch andere Bürger und gegen den Staat selbst, vor allem gegen die Zwangsgewalt staatlicher Verwaltungsorgane“ (ebd., S. 175).

¹⁵² Ebd., S. 332. – In ähnlichem Sinne beendet Rüstow seinen 1932er Aufsatz „Freie Wirtschaft – starker Staat“ mit den Worten: „Der neue Liberalismus ... fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört. Und mit diesem Bekenntnis zum starken Staat im Interesse liberaler Wirtschaftspolitik und zu liberaler Wirtschaftspolitik im Interesse eines starken Staates – denn das bedingt sich gegenseitig -, mit diesem Bekenntnis lassen Sie mich schließen.“

¹⁵³ Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, op.cit., S. 332.

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Dazu Viktor Vanberg, „Ordnungstheorie“ as Constitutional Economics. The German Conception of a “Social Market Economy”, *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 39, 1988, S. 17-31; Die normativen Grundlagen von Ordnungspolitik, *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 48, 1997, S. 707-726; Market and state: the perspective of constitutional political economy, *Journal of Institutional Economics* 1, 2005, S. 23-49; „Liberalismus und Demokratie: Zu einer vernachlässigten Seite der liberalen Denktradition, *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 65, 2014, S. 345-374; Lars Feld und Ekkehard Köhler, The future of German Ordoliberalism, in: Malte Dold und Tim Krieger (Hg.), *Ordoliberalism and European Economic Policy*, London und New York: Routledge 2020, S. 237-245.

Freiburger **Diskussionspapiere** zur Ordnungsökonomik

Freiburg **Discussion Papers** on Constitutional Economics

2020

- 20/3 **Vanberg, Viktor J.:** Walter Eucken's Weg zum Ordoliberalismus
- 20/2 **Feld, Lars P.:** Verfahren zum Anleihekaufprogramm der EZB(2 BvR 859/15, 2 BvR 1651/15, 2 BvR 2006/15, 2 BvR 980/16). Stellungnahme zum Fragenkatalog für sachverständige Dritte
- 20/1 **Feld, Lars P. / Reuter, Wolf Heinrich / Yeter, Mustafa :** Öffentliche Investitionen: Die Schuldenbremse ist nicht das Problem

2019

- 19/6 **Kolev, Stefan:** Antipathy for Heidelberg, Sympathy for Freiburg? Vincent Ostrom on Max Weber, Walter Eucken, and the Compound History of Order
- 19/5 **Feld, Lars P. / Frey, Christian / Schaltegger, Christoph A. / Schmid, Lukas A.:** Fiscal Federalism and Income Inequality: An Empirical Analysis for Switzerland
- 19/4 **Goldschmidt, Nils / Wolf, Stephan:** Klimaschutz auf Kosten der Armen? Vorschläge für eine markt- und sozialverträgliche Umsetzung von CO₂-Steuern und des Emissionshandels
- 19/3 **Horn, Karen I.:** The Difficult Relationship Between Historical Ordoliberalism and Adam Smith
- 19/2 **Christofzik, Désiree / Feld, Lars P. / Yeter, Mustafa:** Öffentliche Investitionen: Wie viel ist zu wenig?
- 19/1 **Feld, Lars P. / Hirsch, Patrick:** Zur Grundsteuerreform

2018

- 18/13 **Doerr, Anabelle / Necker, Sarah:** Toward an Understanding of Collaborative Tax Evasion: A Natural Field Experiment With Businesses
- 18/12 **Bury, Yannick / Feld, Lars P.:** Die Heterogenität der kommunalen Haushalts- und Aufsichtsregeln als Herausforderung im vertikalisierten Fiskalföderalismus
- 18/11 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Nientiedt, Daniel:** The German Anti-Keynes? On Walter Eucken's Macroeconomics
- 18/10 **Dathe, Uwe / Hedtke, Ulrich:** Habent sua fata professores. Joseph A. Schumpeter an Walter Eucken
- 18/09 **Feld, Lars P.:** The Quest for Fiscal Rules
- 18/08 **Pfeil, Christian F. / Feld, Lars P.:** Does the Swiss Debt Brake Induce Sound Federal Finances? A Synthetic Control Analysis
- 18/07 **Feld, Lars P.:** Zur Politischen Ökonomik der wirtschaftspolitischen Beratung: Der Sachverständigenrat als ordnungspolitisches Gewissen?
- 18/06 **Koessler, Ann-Kathrin / Torgler, Benno / Feld, Lars P. / Frey, Bruno S:** Commitment to Pay Taxes: Results from Field and Laboratory Experiments
- 18/05 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Wolfinger, Julia:** Modeling Fiscal Sustainability in Dynamic Macro-Panels with Heterogeneous Effects: Evidence From German Federal States
- 18/04 **Burret, Heiko T. / Bury, Yannick / Feld, Lars P.:** Grenzabschöpfungsraten im deutschen Finanzausgleich
- 18/03 **Vanberg, Viktor J.:** Individual Choice and Social Welfare. Theoretical Foundations of Political Economy
- 18/02 **Feld, Lars P. / Schaltegger, Christoph A. / Studerus, Janine:** Regional Risk Sharing and Redistribution – the Role of Fiscal Mechanisms in Switzerland

18/01 **Andritzki, Jochen / Christofzik, Désiree I. / Feld, Lars P. / Scheuring, Uwe:** A Mechanism to Regulate Sovereign Debt Restructuring in the Euro Area

2017

17/03 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Nientiedt, Daniel:** The “Dark Ages” of German Macroeconomics and Other Alleged Shortfalls in German Economic Thought

17/02 **Doerr, Annabelle:** Back to work: The Long-term Effects of Vocational Training for Female Job Returners*

17/01 **Baskaran, Thushyanthan / Feld, Lars P. / Necker, Sarah:** Depressing dependence? Transfers and economic growth in the German States, 1975-2005

2016

16/08 **Fitzenberger, Bernd / Furdas, Marina / Sajons, Christoph:** End-of-Year Spending and the Long-Run Employment Effects of Training Programs for the Unemployed

16/07 **Sajons, Christoph:** Birthright Citizenship and Parental Labor Market Integration

16/06 **Pfeil, Christian F.:** Electoral System Change and Spending: Four Quantitative Case Studie

16/05 **Sajons, Christoph:** Information on the ballot, voter satisfaction and election turnout

16/04 **Vanberg, Viktor J.:** Social Contract vs. Invisible Hand: Agreeing to Solve Social Dilemmas

16/03 **Feld, Lars P. / Ruf, Martin / Schreiber, Ulrich / Todtenhaupt, Maximilian / Voget, Johannes:** Taxing Away M&A: The Effect of Corporate Capital Gains Taxes on Acquisition Activity

16/02 **Baskaran, Thushyanthan / Feld, Lars P. / Schnellenbach, Jan:** Fiscal Federalism, Decentralization and Economic Growth: A Meta-Analysis

16/01 **Burret, Heiko T. / Feld, Lars P.:** Vertical Effects of Fiscal Rules – The Swiss Experience

2015

15/11 **Burret, Heiko T. / Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** Fiscal Sustainability of the German Laender. Time Series Evidence

15/10 **Feld, Lars P. / Fritz, Benedikt:** The Political Economy of Municipal Amalgamation. Evidence of Common Pool Effects and Local Public Debt

15/9 **Burret, Heiko T. / Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** (Un-)Sustainability of Public Finances in German Laender. A Panel Time Series Approach

15/8 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** Is Switzerland an Interest Rate Island After All? Time Series and Non-Linear Switching Regime Evidence

15/7 **Doerr, Annabelle / Fitzenberger, Bernd:** Konzeptionelle Lehren aus der ersten Evaluationsrunde der Branchenmindestlöhne in Deutschland

15/6 **Vanberg, Viktor J.:** Constitutional Political Economy

15/5 **Vanberg, Viktor J.:** Competitive Federalism, Government’s Dual Role, and the Power to Tax

15/4 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Nientiedt, Daniel:** Ordoliberalism, Pragmatism and the Eurozone Crisis: How the German Tradition Shaped Economic Policy in Europe

15/3 **Vanberg, Viktor:** "Freiheit statt Kapitalismus?" Ein Kommentar zu Sahra Wagenknechts Buch aus Freiburger Sicht

15/2 **Schnellenbach, Jan:** A Constitutional Economics Perspective on Soft Paternalism

15/1 **Schnellenbach, Jan:** Die Politische Ökonomie des Entscheidungsdesigns: Kann Paternalismus liberal sein?

2014

14/8 **Schnellenbach, Jan:** Neuer Paternalismus und individuelle Rationalität: eine ordnungsökonomische Perspektive

- 14/7 **Schnellenbach, Jan:** Does Classical Liberalism Imply an Evolutionary Approach to Policy-Making?
- 14/6 **Feld, Lars P.:** James Buchanan's Theory of Federalism: From Fiscal Equity to the Ideal Political Order
- 14/5 **Reckendrees, Alfred:** Weimar Germany: the First Open Access Order that Failed
- 14/4 **Vanberg, Viktor J.:** Liberalismus und Demokratie. Zu einer vernachlässigten Seite der liberalen Denktradition
- 14/3 **Schnellenbach, Jan / Schubert, Christian:** Behavioral Public Choice: A Survey
- 14/2 **Goldschmidt, Nils / Hesse, Jan-Otmar / Kolev, Stefan:** Walter Eucken's Role in the Early History of the Mont Pèlerin Society
- 14/1 **Vanberg, Viktor J.:** Ordnungspolitik, the Freiburg School and the Reason of Rules

2013

- 13/14 **Wegner, Gerhard:** Capitalist Transformation Without Political Participation – German Capitalism in the First Half of the 19th Century
- 13/13 **Necker, Sarah / Voskort, Andrea:** The Evolution of Germans' Values since Reunification
- 13/12 **Biedenkopf, Kurt:** Zur ordnungspolitischen Bedeutung der Zivilgesellschaft
- 13/11 **Feld, Lars P. / Ruf, Martin / Scheuering, Uwe / Schreiber, Ulrich / Voget, Johannes:** Effects of Territorial and Worldwide Corporation Tax Systems on Outbound M&As
- 13/10 **Feld, Lars P. / Kallweit, Manuel / Kohlmeier, Anabell:** Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut: Makroökonomische Folgen und Verteilungseffekte
- 13/9 **Feld, Lars P.:** Zur Bedeutung des Manifests der Marktwirtschaft oder: Das Lambsdorff-Papier im 31. Jahr.
- 13/8 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** Is Switzerland After All an Interest Rate Island?
- 13/7 **Feld, Lars P. / Necker, Sarah / Frey, Bruno S.:** Happiness of Economists
- 13/6 **Feld, Lars P. / Schnellenbach, Jan:** Political Institutions and Income (Re-)Distribution: Evidence from Developed Economies
- 13/5 **Feld, Lars P. / Osterloh, Steffen:** Is a Fiscal Capacity Really Necessary to Complete EMU?
- 13/4 **Vanberg, Viktor J.:** James M. Buchanan's Contractarianism and Modern Liberalism
- 13/3 **Vanberg, Viktor J.:** Föderaler Wettbewerb, Bürgersouveränität und die zwei Rollen des Staates
- 13/2 **Bjørnskov, Christian / Dreher, Axel / Fischer, Justina A.V. / Schnellenbach, Jan / Gehring, Kai:** Inequality and happiness: When perceived social mobility and economic reality do not match
- 13/1 **Mayer, Thomas:** Die Ökonomen im Elfenbeinturm: ratlos - Eine österreichische Antwort auf die Krise der modernen Makroökonomik und Finanztheorie

2012

- 12/5 **Schnellenbach, Jan:** The Economics of Taxing Net Wealth: A Survey of the Issues
- 12/4 **Goldschmidt, Nils / Hesse, Jan-Otmar:** Eucken, Hayek, and the Road to Serfdom
- 12/3 **Goldschmidt, Nils:** Gibt es eine ordoliberalen Entwicklungsidee? Walter Euckens Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels
- 12/2 **Feld, Lars P.:** Europa in der Welt von heute: Wilhelm Röpke und die Zukunft der Europäischen Währungsunion
- 12/1 **Vanberg, Viktor J.:** Hayek in Freiburg

2011

- 11/4 **Leuermann, Andrea / Necker, Sarah:** Intergenerational Transmission of Risk Attitudes - A Revealed Preference Approach
- 11/3 **Wohlgemuth, Michael:** The Boundaries of the State

- 11/2 **Feld, Lars P. / Köhler Ekkehard A.:** Zur Zukunft der Ordnungsökonomik
- 11/1 **Vanberg, Viktor J.:** Moral und Wirtschaftsordnung: Zu den ethischen Grundlagen einer freien Gesellschaft
- 2010
- 10/5 **Bernholz, Peter:** Politics, Financial Crisis, Central Bank Constitution and Monetary Policy
- 10/4 **Tietmeyer, Hans:** Soziale Marktwirtschaft in Deutschland - Entwicklungen und Erfahrungen
- 10/3 **Vanberg, Viktor J.:** Freiheit und Verantwortung: Neurowissenschaftliche Erkenntnisse und ordnungsökonomische Folgerungen
- 10/2 **Vanberg, Viktor J.:** Competition among Governments: The State's Two Roles in a Globalized World
- 10/1 **Berghahn, Volker:** Ludwig Erhard, die Freiburger Schule und das 'Amerikanische Jahrhundert'
- 2009
- 09/10 **Dathe, Uwe:** Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918-1934)
- 09/9 **Wohlgemuth, Michael:** Diagnosen der Moderne: Friedrich A. von Hayek
- 09/8 **Bernhardt, Wolfgang:** Wirtschaftsethik auf Abwegen
- 09/7 **Mäding, Heinrich:** Raumplanung in der Sozialen Marktwirtschaft: Ein Vortrag
- 09/6 **Koenig, Andreas:** Verfassungsgerichte in der Demokratie bei Hayek und Posner
- 09/5 **Berthold, Norbert / Brunner, Alexander:** Gibt es ein europäisches Sozialmodell?
- 09/4 **Vanberg, Viktor J.:** Liberal Constitutionalism, Constitutional Liberalism and Democracy
- 09/3 **Vanberg, Viktor J.:** Consumer Welfare, Total Welfare and Economic Freedom – On the Normative Foundations of Competition Policy
- 09/2 **Goldschmidt, Nils:** Liberalismus als Kulturideal. Wilhelm Röpke und die kulturelle Ökonomik.
- 09/1 **Bernhardt, Wolfgang:** Familienunternehmen in Zeiten der Krise – Nachhilfestunden von oder für Publikumsgesellschaften?
- 2008
- 08/10 **Borella, Sara:** EU-Migrationspolitik. Bremse statt Motor der Liberalisierung.
- 08/9 **Wohlgemuth, Michael:** A European Social Model of State-Market Relations: The ethics of competition from a „neo-liberal“ perspective.
- 08/8 **Vanberg, Viktor J.:** Markt und Staat in einer globalisierten Welt: Die ordnungsökonomische Perspektive.
- 08/7 **Vanberg, Viktor J.:** Rationalität, Regelbefolgung und Emotionen: Zur Ökonomik moralischer Präferenzen. Veröffentlicht in: V. Vanberg: Wettbewerb und Regelordnung, Tübingen: Mohr, 2008, S. 241-268.
- 08/6 **Vanberg, Viktor J.:** Die Ethik der Wettbewerbsordnung und die Versuchungen der Sozialen Marktwirtschaft
- 08/5 **Wohlgemuth, Michael:** Europäische Ordnungspolitik
- 08/4 **Löwisch, Manfred:** Staatlicher Mindestlohn rechtlich gesehen – Zu den gesetzgeberischen Anstrengungen in Sachen Mindestlohn
- 08/3 **Ott, Notburga:** Wie sichert man die Zukunft der Familie?
- 08/2 **Vanberg, Viktor J.:** Schumpeter and Mises as 'Austrian Economists'
- 08/1 **Vanberg, Viktor J.:** The 'Science-as-Market' Analogy: A Constitutional Economics Perspective.
- 2007
- 07/9 **Wohlgemuth, Michael:** Learning through Institutional Competition. Veröffentlicht in: A. Bergh und R. Höijer (Hg.). Institutional Competition, Cheltenham: Edward Elgar, 2008, S. 67-89.
- 07/8 **Zweynert, Joachim:** Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen – theoriegeschichtliche Betrachtungen.

- 07/7 **Körner, Heiko:** Soziale Marktwirtschaft. Versuch einer pragmatischen Begründung.
- 07/6 **Vanberg, Viktor J.:** Rational Choice, Preferences over Actions and Rule-Following Behavior.
- 07/5 **Vanberg, Viktor J.:** Privatrechtsgesellschaft und ökonomische Theorie. Veröffentlicht in: K. Riesenhuber (Hg.) Privatrechtsgesellschaft – Entwicklung, Stand und Verfassung des Privatrechts, Tübingen: Mohr Siebeck, 2008, S. 131-162.
- 07/4 **Goldschmidt, Nils / Rauchenschwandtner, Hermann:** The Philosophy of Social Market Economy: Michel Foucault's Analysis of Ordoliberalism.
- 07/3 **Fuest, Clemens:** Sind unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht?
- 07/2 **Pelikan, Pavel:** Public Choice with Unequally Rational Individuals.
- 07/1 **Voßwinkel, Jan:** Die (Un-)Ordnung des deutschen Föderalismus. Überlegungen zu einer konstitutionenökonomischen Analyse.
- 2006
- 06/10 **Schmidt, André:** Wie ökonomisch ist der „more economic approach“? Einige kritische Anmerkungen aus ordnungsökonomischer Sicht.
- 06/9 **Vanberg, Viktor J.:** Individual Liberty and Political Institutions: On the Complementarity of Liberalism and Democracy. Veröffentlicht in: Journal of Institutional Economics, Vol. 4, Nr. 2, 2008, S. 139-161.
- 06/8 **Goldschmidt, Nils:** Ein „sozial temperierter Kapitalismus“ – Götz Briefs und die Begründung einer sozialetisch fundierten Theorie von Markt und Gesellschaft. Veröffentlicht in: Freiburger Universitätsblätter 42, Heft 173, 2006, S. 59-77.
- 06/7 **Wohlgemuth, Michael / Brandi, Clara:** Strategies of Flexible Integration and Enlargement of the European Union. A Club-theoretical and Constitutional Economics Perspective. Veröffentlicht in: Varwick, J. / Lang. K.O. (Eds.): European Neighbourhood Policy, Opladen: Budrich, 2007, S. 159-180.
- 06/6 **Vanberg, Viktor J.:** Corporate Social Responsibility and the “Game of Catallaxy”: The Perspective of Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy, Vol. 18, 2007, S. 199-222.
- 06/5 **Pelikan, Pavel:** Markets vs. Government when Rationality is Unequally Bounded: Some Consequences of Cognitive Inequalities for Theory and Policy.
- 06/4 **Goldschmidt, Nils:** Kann oder soll es Sektoren geben, die dem Markt entzogen werden und gibt es in dieser Frage einen (unüberbrückbaren) Hiatus zwischen ‚sozialetischer‘ und ‚ökonomischer‘ Perspektive? Veröffentlicht in: D. Aufderheide, M. Dabrowski (Hrsg.): Markt und Wettbewerb in der Sozialwirtschaft. Wirtschaftsethische Perspektiven für den Pflegesektor, Berlin: Duncker & Humblot 2007, S. 53-81.
- 06/3 **Marx, Reinhard:** Wirtschaftsliberalismus und Katholische Soziallehre.
- 06/2 **Vanberg, Viktor J.:** Democracy, Citizen Sovereignty and Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy Volume 11, Number 1, März 2000, S. 87-112 und in: Casas Pardo, J., Schwartz, P.(Hg.): Public Choice and the Challenges of Democracy, Cheltenham: Edward Elgar, 2007, S. 101-120.
- 06/1 **Wohlgemuth, Michael:** Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt. Veröffentlicht in: R. Clapham, G. Schwarz (Hrsg.): Die Fortschrittsidee und die Marktwirtschaft, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 2006, S. 131-162.
- 2005
- 05/13 **Kersting, Wolfgang:** Der liberale Liberalismus. Notwendige Abgrenzungen. In erweiterter Fassung veröffentlicht als: Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 173, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.
- 05/12 **Vanberg, Viktor J.:** Der Markt als kreativer Prozess: Die Ökonomik ist keine zweite Physik. Veröffentlicht in: G. Abel (Hrsg.): Kreativität. XX. Deutscher Kongress für Philosophie. Kolloquiumsbeiträge, Hamburg: Meiner 2006, S. 1101-1128.
- 05/11 **Vanberg, Viktor J.:** Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Zu F.A. Hayeks Kritik am Konzept der „sozialen Gerechtigkeit“. Veröffentlicht in: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der

Ökonomik, Bd. 5: „Soziale Sicherung in Marktgesellschaften“, hrsg. von M. Held, G. Kubon-Gilke, R. Sturm, Marburg: Metropolis 2006, S. 39-69.

- 05/10 Goldschmidt, Nils:** Ist Gier gut? Ökonomisches Selbstinteresse zwischen Maßlosigkeit und Bescheidenheit. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 289-313.
- 05/9 Wohlgemuth, Michael:** Politik und Emotionen: Emotionale Politikgrundlagen und Politiken indirekter Emotionssteuerung. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 359-392.
- 05/8 Müller, Klaus-Peter / Weber, Manfred:** Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer.
- 05/7 Borella, Sara:** Political reform from a constitutional economics perspective: a hurdle-race. The case of migration politics in Germany.
- 05/6 Körner, Heiko:** Walter Eucken – Karl Schiller: Unterschiedliche Wege zur Ordnungspolitik.
- 05/5 Vanberg, Viktor J.:** Das Paradoxon der Marktwirtschaft: Die Verfassung des Marktes und das Problem der „sozialen Sicherheit“. Veröffentlicht in: H. Leipold, D. Wentzel (Hrsg.): Ordnungsökonomik als aktuelle Herausforderung, Stuttgart: Lucius & Lucius 2005, S. 51-67.
- 05/4 Weizsäcker, C. Christian von:** Hayek und Keynes: Eine Synthese. In veränderter Fassung veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 95-111.
- 05/3 Zweynert, Joachim / Goldschmidt, Nils:** The Two Transitions in Central and Eastern Europe and the Relation between Path Dependent and Politically Implemented Institutional Change. In veränderter Fassung veröffentlicht in: Journal of Economic Issues, Vol. 40, 2006, S. 895-918.
- 05/2 Vanberg, Viktor J.:** Auch Staaten tut Wettbewerb gut: Eine Replik auf Paul Kirchhof. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 47-53.
- 05/1 Eith, Ulrich / Goldschmidt, Nils:** Zwischen Zustimmungsfähigkeit und tatsächlicher Zustimmung: Kriterien für Reformpolitik aus ordnungsökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive. Veröffentlicht in: D. Haubner, E. Mezger, H. Schwengel (Hrsg.): Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen Welten, Marburg: Metropolis 2005, S. 51-70.

Eine Aufstellung über weitere Diskussionspapiere ist auf der Homepage des Walter Eucken Instituts erhältlich.